1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 47 vom 23. November 1984 18. Jahrgang 1 DM

Diese Woche



40 Jahre

Am 29. November 1984 feiert die Sozialistische Volksrepublik Albanien den 40. Jahrestag ihrer Befreiung. Zum Auftakt einer Artikelserie aus diesem Anlaß drucken wir in dieser Ausgabe Auszüge eines Artikels der Volkskammer-Abgeordneten Liri Gjoliku ab. Der Artikel und Näheres dazu

Kampfansage

Richard Speich, Hauptgeschäftsführer der IHK / Frankfurt und verantwortlich für die vierteljährliche Konjunkturumfrage der 12 hessischen IHKs, sagt der hessischen Landesregierung den Kampf an.

Die „rot-grüne" Politik bereite den hessischen Unternehmern nicht nur große Sorgen — das sowieso — sondern sie belaste das ganze Wirtschaftsleben zunehmend mit Unsicherheiten.

Die Regierung sei gegen neue Technik, diskutiere untaugliche Konzepte der Müllbeseitigung und vor allem der Energiepolitik — das führe zu für Hessen negativen Entscheidungen bei der Bestimmung neuer Standorte. Jüngste Beschlüsse der Landesregierung zu den beiden Hanauer Atomfabriken NUKEM und ALKEM kündigten den Ausstieg Hessens aus der Kernenergie an, meinte Speich.

So reagieren Kapitalisten, wenn irgendwo — und sei es auch nur ganz bescheiden — einmal auch nur darüber geredet wird, eine Politik zu machen, die nicht gänzlich in ihrem Interesse ist. Eine Kampagne für eine Regierungsbeteiligung der FDP ist ja bereits gestartet worden ...

Streit

Drei Wochen vor Ablauf der Zeichnungsfrist ist in der Bonner Koalition ein Streit ausgebrochen, ob die internationale Seerechtskonvention denn nun unterzeichnet werden soll oder — nach dem Vorbild Reagans — nicht.

Es ist ein Streit um Taktik. Denn Genscher, der sich als Befürworter einer Unterzeichnung profiliert, will diese Unterschrift nur, um anschließend „von innen heraus" Änderungen durchzusetzen. Sagt er selber.

Niemand, der in der ganzen Debatte also für den Inhalt der Konvention wäre, weil „deutsche Interessen" dabei gefährdet seien, sogar „eine sozialistische Weltwirtschaftsordnung" wird schon wieder beschworen. Sozialismus per Vertrag wäre vielleicht eine schöne Vorstellung, aber es geht darum, ob die Bodenschätze der Tiefsee allen Völkern zugute kommen oder nur denen, die über moderne Technik verfügen. Das wäre sozusagen echte Entwicklungshilfe. Aber auf Kosten der erwarteten Profite, deshalb diese eindeutige Ablehnung.

Nach Bundestagsdebatte

Kohls Rücktritt fordern!

Die großen Worte des Kanzlers erwiesen sich in der letzten Woche endgültig als Schaumschlägerei: Er flüchtet vor der Auseinandersetzung. Nachdem er schon vor einiger Zeit im Fernsehen für die „Ausladung" des „Spiegel"-Chefredakteurs Erich Böhme sorgte und nur ihm genehme Journalisten zuließ, paßte er vergangene Woche gleich zweimal: Er schwieg während der Bundestagsdebatte und er lehnte Vogels Herausforderung zu einer Fernsehdebatte ab.

Der Brief des Frankfurter Rechtsanwaltes Dr. Paul, der ihn faktisch der Lüge vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages bezichtigte, mag für dieses erneute Kneifen ein wesentlicher Grund sein. Nachdem Kohl bereits vor dem Ausschuß selbst zugegeben hatte, gegen Gesetze verstoßen zu haben, wird durch diesen Brief erneut deutlich, daß dieser Mann in die betrügerische Spendenpolitik der Konzerne tief verwickelt ist.

Diese Erkenntnisse bestätigen, daß es nicht ausreichend ist, dazu nur festzustellen, daß dies eben kapitalistische Normalität ist. So richtig das ist — es bleibt die Tatsache, daß diese ganz konkrete Regierung vom Kapital zusammengekauft wurde. Diese Forderung nach Rücktritt ist — im Gegensatz zu den Überlegungen mancher Linker — kein „Rettungsversuch" für den Bundestag. Was sich daran zeigt, daß es keine bürgerliche politische Kraft gibt, die eine solche Forderung auch nur ansatzweise erheben würde. Sie können keine „Selbstreinigung" wollen, weil dies einem politischen Kahlschlag in Bonn gleichkommen würde und in der Tat den politischen Spielraum der Reaktion einengen und nicht erweitern würde. Den Rücktritt Kohls zu fordern, ist für die Arbeiter nützlich, weil dies bedeutet, um politischen Einfluß, um politische Macht zu kämpfen.

1800 Verfahren laufen noch in Sachen Spendenbetrug — und solche Prozesse wie etwa der gegen den Wendegrafen Lambsdorff werden dafür sorgen, daß dies ein aktuelles Thema bleiben wird.



Und je mehr aufgedeckt wird, desto mehr bestätigt sich: Kohls Weg zum Oppositionsführer, Kohls Weg zum Kanzler wurden freigekauft. Die Kohlsche Wenderegierung, die Wunschregierung des Großkapitals kam durch Geld zustande — erst nachträglich wurde sie durch Wahlen bestätigt, die von einer Lügenkampagne und gewaltigen finanziellen Anstrengungen geprägt waren. CDU und CSU haben massenhaften Anhang — sind aber, das kann nun auch öffentlich wesentlich deutlicher gemacht werden, von Programm, Mandatsträgern und Geldquellen her die Kapitalistenpartei schlechthin. Die Existenz der FDP ist gar ausschließlich vom Geldfluß der Konzerne abhängig.

In diese Absichten des Kapitals passen die Forderungen nach Kohls Rücktritt und Neuwahlen ganz und gar nicht — deshalb geht es darum, dafür zu arbeiten, daß sie eine Basis finden.

Ein Zwischenbericht der Bundesbank:

Kohls Aufschwung: 143 Milliarden Mark

Ein Zwischenbericht der Bundesbank, die die Bilanzen von 20000 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Handels analysiert hat, zeigt, daß Kohl sein Aufschwungversprechen gehalten hat — für die Kapitalisten.

Für das Jahr 1983 wiesen die Unternehmen beider Branchen einen Gewinn von 143 Milliarden Mark aus — 15 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Diese Bilanzen enthalten vieles nicht: beispielsweise die Summen, die in die „Rückstellungen" einflossen.

Noch deutlicher war der Gewinnanstieg nach Steuern — die Regierungspolitik der Senkung der Gewerbesteuer und der Vergrößerung der Abschreibungsmöglichkeiten führte dazu, daß die Gewinne nach Steuern um ein Drittel auf 62 Milliarden Mark anstiegen. Alles innerhalb eines Jahres.

Bei genauerer Betrachtung wird auch deutlich, woher die Gewinne vor allem kommen. Die Steigerung der Umsätze beider Branchen betrug lediglich 2,5 Prozent — inflationsbereinigt im wesentlichen also derselbe Umsatz wie im Vorjahr.

Hauptquell der Gewinne sind die Einsparungen auf der Kostenseite. So stiegen die „Personalaufwendungen" lediglich um 2 Prozent, also deutlich unter dem Anstieg des Umsatzes — mit anderen Worten: Weniger Beschäftigte mußten dasselbe produzieren wie im Vorjahr.

Nicht näher aufgeschlüsselt sind in der Gesamtbilanz der Bundesbank die Investitionen. Bei Gewinnen von plus 15 Prozent stiegen sie insgesamt nur um ca. 6 Prozent an. Ist dies schon ein Beleg dafür, daß Kohls Behauptung „mehr Gewinn gleich mehr Investition gleich mehr Arbeitsplätze" eine Propagandalüge ist, so lassen die gering angestiegenen Personalausgaben die Schlußfolgerung zu, daß es sich in der Hauptsache am Rationalisierungsobjekte handelt, in die da investiert wurde. Der „Aufschwung" ist da — für die Förderer dieses Kanzlers.

Kriegsschiffe vor Nicaragua

Die Bedrohung besteht weiter

Nach den massiven Drohungen der USA, in Nicaragua zu intervenieren — ausgelöst durch angebliche Lieferungen von sowjetischen MIG-21-Flugzeugen — lebt Nicaragua weiter im Alarmzustand. Alles, was möglich ist, wird zur Verteidigung des Landes und der Revolution getan. Managua, die Hauptstadt, soll sich, so Jaime Wheelock, einer der Commandantes der Befreiungsfront FSLN, in einen Sarg für die Invasoren verwandeln.



Nicaragua ist verteidigungsbereit. Ein Panzer in der Hauptstadt. (Rechts: eine Parole der MAP-ML)

Die Mobilmachung im Lande, die internationalen Proteste haben es bisher verhindert, daß die USA direkt einmarschieren. Die Imperialisten wissen, daß sie eine solche Aktion mit einem hohen Preis bezahlen müßten. Dennoch kann von Entspannung keine Rede sein, der Druck des US-Imperialismus auf Nicaragua besteht weiter. Die vor den Küsten Nicaraguas zusammengezogene Kriegsflotte wurde jetzt noch durch den atomgetriebenen Flugzeugträger „Nimitz", das größte Kriegsschiff der Welt verstärkt.

In der Karibik dabei ist auch der Zerstörer der Bundesmarine „Lütjens" — „routinemäßig", „im Rahmen einer NATO-Übung", wie es aus Bonn hieß. Daß ein westdeutsches Kriegsschiff in diesem Spannungsgebiet zusammen mit US-Schiffen kreuzt, ist ein Skandal erster Güte. Überhaupt sieht die Bundesregierung sich in allem einer Meinung mit der aggressiven Reagan-Administration. Das zeigte sich vergangene Woche bei einer aktuellen Stunde im Bundestag, wo man von Regierungsseite her für die „Sorgen der USA" Verständnis äußerte, Nicaragua zu einer Bedrohung für die Nachbarländer erklärte, und natürlich die Sperrung fest zugesagter Entwicklungshilfegelder verteidigte, bis „die Sandinisten sich ändern" würden.

Ungeachtet dessen, hat die Solidaritätsbewegung aber schon verschiedenste Aktionen unternommen, bleibt man wachsam und ist bereit, das freie Nicaragua weiter zu unterstützen. Erste Demonstrationen fanden in einigen Städten statt. In Frankfurt z. B. demonstrierten am vergangenen Samstag 4000 Menschen, die sich einem riesigen Polizeiaufgebot gegenübersahen.

Auch eine große Gruppe prominenter Schriftsteller hat sich in einer Erklärung gegen die US-Politik gegenüber Nicaragua gewandt. Das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal hat in einem Dringlichkeitsappell die Öffentlichkeit aufgefordert, „jetzt aktiv gegen den Krieg in Nicaragua zu protestieren". In den Städten solle durch vielfältigste Aktionen vor den verantwortlichen Einrichtungen der Bundes- und der US-Regierung dem Krieg entgegengewirkt werden.

Seite 11: Aktuelles Interview mit Genossen der MAP-ML in Managua.



Protestdemonstration am vergangenen Samstag in Frankfurt

„... und sagte kein einziges Wort“

Zwei politische Feststellungen, eine Überraschung und ein Witz — das waren die markantesten Ergebnisse der so großartig angekündigten „Spendendebatte“ des Deutschen Bundestages. Sie war jedenfalls nicht das von Helmut Kohl gewünschte Ende der Auseinandersetzungen.

Die erste Feststellung: Politik ist nicht käuflich.

Dies wurde immer wieder von verschiedenen Sprechern der etablierten Bonner Parteien unterstrichen. Tatsachen für diese Behauptung wurden nicht angeführt. Das hat „das Volk“ eben zu glauben, basta. Und wenn der Anschein dagegen spricht, das war die CDU-Variante, so ist es eben Schuld eines Hamburger „Kloakenblattes“ (Originalton Kohl). Es hätten eben alle Fehler gemacht, es seien Irrtümer begangen worden und so weiter ... Nur der Grünen-Abgeordnete Schily verwies hier abermals darauf, daß es sich um bewußte Verstöße gegen bekannte Rechtsprechung handelte. **Daß allein schon die Sachlage aus dem ersten Prozeß von 1800 eingeleiteten Verfahren, die Ergebnisse des Madaus-Prozesses in Köln, diese Bonner Beteuerungen restlos widerlegen, kam nur einmal am Rande zur Sprache.** (Siehe dazu RM 46)

Die abschließend verabschiedete Entschließung, von der CDU eingebracht, ließ dann auch (im Unterschied zu den abgelehnten Entschließungen der SPD, die nur an diesem einen Punkt etwas anders war und der der Grünen) in der Formulierung von möglicher „Milderbehandlung“ durch die Gerichte erneut eine Abart von Amnestie als Möglichkeit offen. Der Rest von Auseinandersetzung zu diesem Punkt bestand im wesentlichen darin, daß sich die Parteien gegenseitig vorwarfen, am meisten in dubiose Geschäfte verstrickt zu sein, wobei naturgemäß die Regierungsparteien wesentlich schlechter abschnitten.

Die zweite Feststellung: Datenschutz über alles.

Weder CDU/CSU und FDP noch SPD, das wurde im Verlaufe dieser Debatte immer wieder unterstrichen, wollen den „gläsernen Abgeordneten“, also die Offenlegung aller Bezüge der Parlamentarier.

Was bei Volkszählung und Lohnsteuerzahlern, bei Polizei-Überwachung und Grenzkontrollen nie wertvoll war, das war in der Debatte ein so hohes Gut, daß es alles überragen mußte: Der persönliche Datenschutz. Natürlich nur der für Abgeordnete und ähnliche wichtige Personen.

Was ist der Grund für die plötzliche Datenschutzbegeisterung?

Eigentlich liegt es auf der Hand: Es geht nicht um die Summen, die dieser oder jener in irgendeinem Beruf verdienen könnte. Es geht darum, daß eine solche absolut offene Darlegung ihrer Finanzquellen dazu führen würde, **daß in weitaus größerem Maße als bisher öffentlich würde, welcher Abgeordnete welchem Konzern zuzuordnen ist.** Denn neben den rund 20 Abgeordneten, die ihre Herkunft, ihre Zugehörigkeit, ihre Interessenvertretung ganz offen darlegen, wie etwa CSU-Kreile der Flick-Aufsichtsrat, gibt es noch Dutzende, die direkte Konzernabgeordnete sind. Um von den prominentesten dieser Leute, die wir zum großen Teil in den letzten Wochen „vorgestellt“ hatten einmal abzusehen, ein anderes Beispiel. Die FDP-Abgeordnete Seiler-Albring gibt an, bis zu ihrer Wahl 1972 sei sie „Personal- und Organisationsreferentin in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens“ gewesen. Was sich dahinter verbirgt, ist eine politische Karriere, die von Thyssen Industrie GmbH, Düsseldorf aufgebaut und abgestützt wurde und wird. Eine wachsende öffentliche Erkenntnis darüber, wer hier welche Abgeordnete in den Bundestag entsendet, dürfte in der Tat für die stets so geheiligte parlamentarische Demokratie keine gute Wirkung haben und speziell sozialistischer Aufklärungsarbeit entgegenkommen. Wenn die Parole, mit der das Bundeskriminalamt einst hausieren ging „Datenschutz ist Tatenschutz“ irgendwo zutrifft, dann bestimmt hier. Denn um den Kontostand der Abgeordneten kann es nicht gehen — daß der nicht niedrig ist, wird bei jeder Diätendebatte deutlich.

Die Überraschung: Das Schweigen des Kanzlers.

So großkotzig er diese Debatte angekündigt hatte, so wenig spielte er eine Rolle dabei. Nachdem seine „Gegenoffensive“ faktisch schon gescheitert war, mußte er nach dem Brief des Rechtsanwalts Dr. Paul, der ihn der Lüge vor dem Untersuchungsausschuß bezichtigt, wohl aus taktischen Überlegungen mit einer solch bescheidenen Rolle vorlieb nehmen. Seine erneute Vorladung vor den Ausschuß ist faktisch beschlossene Sache — und zum ersten Mal wurde im Bundestag gesagt, dieser Kanzler müsse „persönlich aus seinem Fehlverhalten“ Konsequenzen ziehen. Zu einer Forderung nach Rücktritt des großen „Kneifers“ mochte sich aber erneut niemand aufschwingen.

Und schließlich der Witz: Frau Adam-Schwaetzer bestritt „jeglichen Einfluß der Industrie auf die FDP“.

Herr Horten, der die FDP nach 56 nun erneut gerettet hat, wird es mit Schmunzeln zur Kenntnis nehmen. (Er gehört ja auch nicht zur Industrie sondern zum Handel). Der Händler, der mit seinen Millionen 1956 dafür sorgte, daß der damalige Vorsitzende des Einzelhandelsverbandes aus Hagen in der FPD große Karriere machte — der Mann hieß Willy Weyer — kann übrigens die 6 Millionen, die er letztes Jahr an die FDP zahlte, aus seinen Zinseinnahmen von zehn Tagen begleichen ...

Ein peinlicher Brief für Kohl

Entschieden hatte Bundeskanzler Kohl vor dem Untersuchungsausschuß — und in der Öffentlichkeit — beteuert, er habe nichts von der „Anstellung“ Rainer Barzels beim Frankfurter Anwaltsbüro Paul gewußt. Sonst hätte er doch niemals für dessen finanzielle Versorgung über die Partei gesorgt — Originalton Kohl.

Jetzt hat dieser Rechtsanwalt Paul dem Bundestagsuntersuchungsausschuß einen Brief geschrieben. Darin betont Dr. Paul, Barzel selbst habe ihn mit Kohl bekannt gemacht und diesem dabei gesagt, Paul sei sein neuer Arbeitgeber. Außerdem verweist Paul in seinem Brief auf die Tatsache, daß diese Anstellung damals durch zahlreiche Presseberichte ging.

Das ist ein direkter Widerspruch zu den Aussagen Kohls vor dem Ausschuß. Das Zögern der SPD-Mitglieder im Ausschuß, den Kanzler zu einer zweiten Befragung zu laden, müßte damit endgültig gegenstandslos geworden sein.

Denn: Der Brief von Paul, die darin angeführte Tatsache, daß Kohl eben doch alles wußte, was mit Barzel geschah, das stützt die Behauptung, es habe sich bei der Ablösung Barzels durch Kohl an der Spitze der CDU um „freikaufen“ gehandelt.

Diese Entwicklung dürfte auch die Forderung nach einer Gegenüberstellung von Kohl und von Brauchitsch erneut bekräftigen — denn auch in diesem Fall waren zwischen den Aussagen der beiden deutliche Unterschiede zu bemerken.

Kohls ständig gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, es hätten eben alle Parteien dasselbe gemacht, deshalb müsse ein Schwamm darüber, verliert in diesem Licht betrachtet jegliche Wahrscheinlichkeit. In der Tat muß man es als einen Unterschied betrachten, ob allgemein Politik mit Geld erkauft wurde, oder ob es sogar so weit ging, sich systematisch bestimmte Leute an die Führung zu „spenden“. Aus dem Schneider kann Herr Kohl nur dann kommen, wenn er weiterhin von allen Seiten so schonend behandelt wird ...

Vorneverteidigung

Helmut Kohl war bei seiner Vernehmung vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuß persönlich beleidigt, vergeßlich und stur aufgetreten. Die Vernehmung des Franz Josef Strauß nahm nochmals einen anderen Verlauf. Er war ausgesprochen vergeßlich, politisch jedoch aggressiv, auf Konfrontation eingestellt.

Zwei Grundelemente der Bonner Spielregeln für die Vernehmung zog Strauß mit bisher von niemandem angewandter Konsequenz durch: Er erinnerte sich an überhaupt nichts Genaueres, vor allem wenn es mit Geld zu tun hatte und er sprach den Notizen des Herrn von Brauchitsch jegliche Glaubwürdigkeit ab.

Politisch aggressiv — damit sind vor allem seine verschiedenen Versuche gemeint, die Arbeit des Ausschusses anzugreifen. Zum einen indem er Otto Schily vorwarf, er habe Honorare aus Bankraüben erhalten (und ihn auch nach „Rubel“ fragte). Zum anderen indem er dem gesamten Ausschuß wiederholt vorwarf, er verfehle seinen Zweck völlig. Der Ausschuß, so Strauß, habe zu klären, ob finanzieller Einfluß auf die Steuerbefreiung für Flick genommen worden sei — und dies könne nur die damaligen Regierungsparteien betreffen, insbesondere die SPD. Alles andere sei kein Thema für den Ausschuß.

Nun: Es schadet Otto Schily bestimmt nicht, hin und wieder daran erinnert zu werden, daß er einmal aus der „linken Ecke“ kam. Und ebensowenig gibt es einen Grund dafür, zu verschweigen, daß es die SPD/FDP-Regierung war, die die Steuerbefreiung für die Flicks zu verantworten hatte. Daß damals hohe Spendenbeträge für die Friedrich-Ebert-Stiftung flossen, ist eine Tatsache.

Für Strauß allerdings sind diese „Vorwürfe“ nur ein Mittel der Ablenkung. Die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses auf den einen konkreten Fall zu beschränken, würde in der Tat bedeuten, die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen. Und zwar auf doppelte Weise.

Zum einen soll damit das Thema vom Tisch, wie das Großkapital mit Geld Einfluß auf die CDU/CSU im allgemeinen und auf Kohls Weg an die Macht im besonderen nahm. Zum anderen strebt Strauß damit selbstverständlich an, die besonders engen Beziehungen zwischen ihm und verschiedenen Gruppierungen des Kapitals nicht zum allgemeinen Thema werden zu lassen.

Dazu muß man sich daran erinnern, daß — laut den Vermerken seines (einstigen) Freundes von Brauchitsch — Strauß derjenige Politiker war „wg“ dem am meisten Geld ausbezahlt wurde. Und für den eine ganze Reihe kostspieliger persönlicher Freundlichkeiten organisiert wurden: Teuere Geburtstagsgeschenke ebenso wie Urlaub auf der Flickschen Yacht.

Dazu muß man sich weiter daran erinnern, daß die CSU — mit den Herren Pohle und Kreile an der Spitze — von jeher die Partei war, in der der Flicksche Einfluß stets offiziell vorhanden war. Was Strauß so gar nicht ableugnet. Er hat nur vergessen, welche genaue Rolle dabei zahllose finanzielle Vorgänge gespielt haben.

Sein Poltern und Giften bei seiner Vernehmung, die ganze Gereiztheit, die er dabei an den Tag legte, ist doch ein Hinweis darauf, wie unangenehm es im politisch betrachtet wäre, wenn zu seinen Beteuerungen, selbstverständlich habe er intensive Beziehungen zu Flick und anderen, die Erkenntnis träte, daß diese Beziehungen auf umfassende Weise finanziell abgerundet waren.

Die ihm gestellten Fragen hat er weniger als irgendein anderer befragter Zeuge beantwortet. Mehr als irgendein anderer hat er — neben den zahllosen Vergeßlichkeiten — klargemacht, daß er auch nicht gewillt ist, solche Fragen künftig zu beantworten. Was in der Tat daran liegen wird, daß er — außer vielleicht Helmut Kohl — bei einer wirklichen Klärung der Sachlage am meisten zu verlieren hat.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Die Deutsche Bank — auch unschuldig

Etwas überraschend veröffentlichte in dieser Woche der Vorstand der Deutschen Bank AG eine Erklärung — unterzeichnet von allen Mitgliedern des Vorstandes — über ihre bisherige Spendenpraxis.

Zwei Wochen nach der entsprechenden Erklärung Rolf Rodenstocks für den Bundesverband der Deutschen Industrie erklärt sich nun also auch der bundesdeutsche Finanzgigant Nummer 1 für unschuldig. Spenden an politische Parteien habe es gegeben, rund 1 Million im Schnitt der Jahrzehnte, aber bitteschön alles legal und ohne jede politische Absicht, das ist der Kern der langen Erklärung.

Zum ersten ist diese Vorgehensweise, nach allen bisherigen Erfahrungen erst recht Anlaß zu Vermutungen, denn genaueres über die Verteilung der Spenden wird nicht gesagt.

Zum zweiten muß man diese Aussage der DB im Zusammenhang mit den politischen Aktivitäten des Bankenverbandes sehen (und innerhalb dieses Verbandes, das kann nicht überraschen, spielt die Deutsche Bank eine entscheidende Rolle). Die Inseratkampagnen gerade dieses Verbandes zu den jeweiligen Bundestagswahlen stellen eine selten so offen gesehene Kampfansage an jegliche Reformbestrebungen und insbesondere an Forderungen aus dem gewerkschaftlichen Raum dar, daß die Schlußfolgerung nahe liegt, daß gerade zu Wahlzeiten die konservativen Kräfte heftig von diesem Bankinstitut bedacht wurden.

Vorwärtsverteidigung oder Unterstützung für Kohl und Co? Von beidem etwas, so wird wohl die Antwort auf diese Frage aussehen.

Untersuchungsausschuß auch in Rheinland-Pfalz

Auch der Landtag von Rheinland-Pfalz hat in der letzten Woche einen Untersuchungsausschuß gebildet. Im Mittelpunkt dessen Arbeit soll das Wirken der gerade in diesem Bundesland so stark vertretenen „gemeinnützigen Vereinigungen“ stehen, die über Jahrzehnte hinweg als Geldwaschanlagen eine zentrale Rolle spielten. Sie waren es, die als „Gemeinnützige“ dazu führten, daß die „edlen Spender“ Steuern einsparen konnten, daß auf der anderen Seite die Parteien die Herkunft ihrer Gelder aus der Großindustrie geheim halten konnten.

Nach verschiedenen Presseberichten soll über ein Drittel aller Gelder, die auf diese Weise zum gegenseitigen Vorteil flossen, in eben diesem Bundesland Rheinland-Pfalz umgeschlagen worden sein. Mit einem Helmut Kohl als Ministerpräsidenten erscheint dies durchaus denkbar, sein Nachfolger Vogel steht ihm wohl nicht umsonst so stark zur Seite. Besonders rege tätig war im Koblenzer Raum dabei der frühere Schatzmeister des Landesverbandes NRW der FDP — Otto Lambsdorff.

Nebenerkenntnisse: Summen

Die Summe, die für den Herrn Lambsdorff aus Steuermitteln lockergemacht wurde, hat sich nun also auf immerhin 141000 Mark eingependelt. Das teuerste an Anwälten war hier wohl gerade gut genug — und der Steuerzahler ist ja auch da. Daß dabei Ausgabenposten umgebucht werden, solche Gelder anderswo eingespart, das erscheint keiner der Bonner Größen eine Überlegng wert. Allesamg beharren sie darauf, dies wäre rechtmäßig.

***Die Summe, die Herr Schmidt aus Bonn bezieht** — neben seinen Ansprüchen, die aus seinen verschiedenen Ämtern stammen — läuft wohl unter der Rubrik „Altersversorgung“. Aus der Steuerkasse wird offensichtlich eine ganze „Schmidt-Beratungsfirma“ bezahlt: Immerhin die beachtliche Zahl von sechs Angestellten des Herrn Schmidt werden aus der Bundeskasse bezahlt, schon zwei Jahre lang. Und für weitere drei Jahre geplant. Die Honorare kassiert er alleine. Auch Exkanzler Kiesinger kassiert heute noch für einen Fahrer.*

***Die Summe, die der frühere Wirtschaftsminister Riemer** (FDP) aus NRW vom Flick-Beauftragten Nemitz bezog, wird künftig keine Rolle mehr spielen: Trotz Einspruch der Staatsanwaltschaft verkündete ein gnädiges Gericht, daß zwar schon was dran sein könne an dem Vorwurf der Bestechlichkeit, daß die Sache aber auf jeden Fall verjährt sei. Der Geldtransfer geschah 1974.*

Zum Bundeshaushalt 85 (II)

Subventionen: Wettlauf zum großen Geld

Jede Regierungserklärung, von welcher Partei auch immer, enthielt in den letzten Jahrzehnten das Bekenntnis zum Abbau der Subventionen. So war es auch bei Helmut Kohl. Ob das bisher auch geschehen ist, das ist in erster Linie eine Frage der Betrachtungsweise: Stoltenberg behauptet ja, die Forschungsinstitute der Wirtschaft behaupten nein. Eines bleibt in jedem Fall Tatsache: 90 Prozent aller erfaßbaren Subventionen fließen in die Kassen von Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten.

Von dieser Verteilung der Gelder ausgehend, ist es kein Wunder, daß die Hauptkritiker des „Subventionsunwesens" aus dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) kommen, in dem ja eben auch eine Vielzahl kleiner Unternehmungen vertreten sind. Noch selten zuvor hatte es eine solche Kampagne gegen Subventionen gegeben wie in diesem Jahr; alle Wirtschaftsforschungsinstitute veröffentlichten Gutachten, gaben bekannt, daß sie diese auch bei den Angehörigen in den Beiräten der Ministerien vorgebracht hätten — stets mit der Forderung, Subventionen zu kürzen.

Diese Forderung ist in der Tat in allen Bereichen des Kapitals vertreten. „Verhinderung des Strukturwandels", „Künstliche Aufrechterhaltung eines zu hohen Lohnniveaus", „Ernährung von Fossilen" — so und ähnlich lauten die Schlagworte der Kritiker, die in der gesamten bürgerlichen Presse ausführlich wiedergegeben werden. Es findet sich kein Kapitalist, der für Subventionen eintritt. Eine generelle Kürzung aller Subventionen um 10 Prozent — auch hier war der DIHT der einzige Verband gewesen, der eine konkrete Forderung aufstellte. Die CDU hatte sie als Oppositionspartei übernommen — nun will sie es nicht mehr wahr haben. Dafür kritisiert jetzt der SPD-Wirtschaftsexperte Roth lautstark eine Reihe von Subventionen.

Riesensummen

Es geht dabei um riesige Summen — niemand kann genau angeben, wieviel Geld da in Unternehmerkassen fließt. Zum einen, weil es ja auch eine Definitionsfrage ist, was unter Subvention verstanden wird. Niemand aus dem Kreis der bürgerlichen Kritiker rechnet beispielsweise das Wohngeld dazu. Obwohl durch aus so gerechnet werden könnte, daß dieses ganze Geld, das da Hausbesitzern in den Rachen geworfen wird, der Bauwirtschaft und dem Kreditwesen zugute kommen und die Alternative bestünde, die Marktwirtschaft im Wohnungswesen abzuschaffen.

Rund 120 Milliarden Mark, so lautet die höchste Schätzung, sollen im kommenden Jahr ausbezahlt werden — und dies ist die zweite Schwierigkeit: alle staatlichen Ebenen sinde beteiligt, teilweise in kaum auseinanderzuhaltenden Gemeinschaftsprogrammen. Der genaue Umfang im Bundeshaushalt ist kaum auszumachen, wohl aber herausragende Posten und die Größenordnung.

So gibt es insgesamt 200 Förderungsprogramme, von denen über die Hälfte von mehreren staatlichen Ebenen zugleich gefördert werden. Die großen Konzerne, so schrieb vor einigen Wochen die „Zeit" unwidersprochen, haben inzwischen allesamt eigene Abteilungen, deren Aufgabe es ist, Quellen ausfindig zu machen, über die sie den Staatshaushalt anzapfen können. Engste Zusammenarbeit mit der Ministerialbürokratie ist da selbstverständlich — erst recht auf regionaler Ebene mit der sogenannten Wirtschaftsförderung. Da erstaunt es wenig, wenn die IHK Koblenz feststellt, daß im extremsten Fall 1983 für eine Investition von 1,07 Millionen Mark von einem „Existenzgründer" gerade 127000 Mark eigenes Kapital benötigt wurden, den Rest schossen verschiedenste staatliche Kassen zu. Wobei daran zu erinnern ist, daß dies die „Brosamen" des Geschäfts sind.

Verwendung

Wofür fließen die Gelder? Dies kann in dem engen Rahmen nur anhand einiger Beispiele deutlich gemacht werden.

Die Förderung der Wehrforschung beträgt 1985 2,48 Milliarden Mark, die Forschung außerhalb der Hochschulen wird mit 9,71 Milliarden Mark gefördert (die größten Teilbeträge gehen dabei an die AKW-Forschung, Weltraum- und Wirtschaftsforchung — zusammen rund die Hälfte der Gesamtsumme) 9,42 Milliarden gehen für „Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz" raus, weitere rund 800 Millionen Mark für Anpassungsmaßnahmen und Ausbildungsförderung. Schließlich gehen 572 Millionen für regionale Fördermaßnahmen als Zuschüsse über den Bedienungstisch, sowie 2,65 Milliarden als allgemeine Zuschüsse an Bergbau, bearbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. „Kleckerbeträge" von 450 Millionen für Energiesicherung, sowie über 1,5 Milliarden für den Bau von Gemeindestraßen, 575 Millionen für die Entwicklung der Luftfahrt und viele andere mehr kommen hinzu.

Die Begründungen für diesen ununterbrochenen Geldfluß aus den Staatskassen in die Konzerntresore sind je nach Konjunktur unterschiedlich, zumeist kombiniert aus „Konkurrenzfähigkeit" und „Arbeitsplatzsicherheit". Wie es mit letzterem aussieht, hat gerade eben wieder Klöckner demonstriert, das die Gelder aus Niedersachsen kassierte und nun die Georgsmarienhütte schließen will — nur ein besonders bekannt gewordenes Beispiel aus einer unendlichen Reihe.

Oft genug werden uralte Subventioneu („Salzsteuererlaß" für Fischer von 1886) von der bürgerlichen Presse als Beispiel dafür angeführt, wie überholt und sinnlos das alles sei — das ist gelogen. In der Tat mag in dieser Hochburg des Bürokratismus BRD auch manches Fossil mit herumgeschleppt werden — Tatsache ist, daß der Sinn dieser Subventionswirtschaft ja genau der ist, die Umverteilung der Gelder von unten nach oben vorzunehmen.

Wenn in der Tat jährlich runde 100 Milliarden in die Kassen der Großbetriebe fließen und man sich vor Augen hält, daß dasAufkommen an Lohnsteuer jedes Jahr etwas über dieser Zahl liegt, so ist es — wenn es auch bestimmt eine verkürzte Darstellung ist — gar nicht so schwer hier einen direkten Zusammenhang, genannt „Umverteilung", herzustellen.

Besonderheiten

Die Verschiebungen innerhalb der Subventionssumme im Bundeshaushalt, die bei rund 40 Milliarden liegen, dürfte (ohne auf Weiterungen einzugehen) liegen gemäß der Politik der konservativen Regierung in den Bereichen Weltraum und Luftfahrt, Nachrichtenwesen und Datenverarbeitung sowie alles, was sich unter dem Schlagwort „neue Technik" zusammenfassen läßt.

Hintergründe: Haushalt 85

In der letzten Novemberwoche finden an vier Tagen die zweite und dritte Lesung des Bundestages über den Bundeshaushalt 1985 statt. Bereits in der letzten Woche beriet der Haushaltsausschuß des Bundestages den Entwurf der Bundesregierung abschließend. Merkliche Veränderungen wurden dabei nur im „Verteidigungsministerium" vorgenommen, ohne allerdings die riesige Gesamtsumme zu verändern — dennoch mußten Abgeordnete der Regierungsparteien bekräftigen, ihr Vorgehen stelle keine Kritik an Minister Wörner dar.

Dies wird der dritte Bundeshaushalt sein, den die Koalition aus CDU/CSU und FDP einreicht und verabschieden wird. Spätestens seit dem Haushalt für das Jahr 1981, der vor nunmehr vier Jahren verabschiedet wurde, ist die Haushaltspolitik auch in breiten Teilen der Öffentlichkeit Thema. Thema geworden unter dem Schlagwort „Sozialabbau" — für mehrere Millionen Menschen wurde seitdem spürbar, daß diese Haushaltspolitik sie etwas angeht, sie direkt betrifft.

Nicht umsonst war es der Wunsch des Bundeskanzlers — der nicht in Erfüllung ging — daß die Haushaltsdebatte nicht im Schatten der Diskussionen um die „Spenden" stehen sollte. Denn: Die Konsequenz, daß mit diesem Haushalt Wirtschaftspolitik im Sinne der edlen Spender gemacht wird, ist in der Tat naheliegend.

1983 ging die neue konservative Parteienkoalition an der Regierung einen entscheidenden Schritt: Weg vom bloßen Kürzen der Ausgaben im sozialen Bereich, wie es SPD und FDP in den beiden Jahren vorher so drastisch getan hatten — weiter zu einer Aushebelung des gesamten Systems sozialer Sicherungen. 1984 wurde dies — im vielleicht, sofern solche Vergleiche überhaupt nützlich sind, unsozialsten Haushalt der BRD-Geschichte — abgerundet durch das Haushaltsbegleitgesetz. Seitdem ist das System sozialer Sicherung in der Tat ein anderes als vorher.

Jetzt wird von Regierungsseite behauptet, es gäbe keine neuen Einschnitte, der Weg der Konsolidierung sei bereits weit fortgeschritten.

Auf den ersten Blick stimmt diese Behauptung auch und so fehlen bisher die großen Proteste der letzten zwei, drei Jahre.

Bei genauerer Betrachtung allerdings zeigen vor allen Dingen zwei Tatsachen, daß es nicht wahr ist, wenn behauptet wird, die Zeit der Kürzungen sei vorbei.

Zum einen: Die in den letzten Jahren getroffenen Grundsatzentscheidungen, die „Systemveränderungen" der sozialen Versorgung vor allem, wirken selbstverständlich weiter. So braucht es keine neuen Beschlüsse, damit der Etat des Ministeriums für Arbeit und Soziales niedriger ist als im Vorjahr, wobei selbstverständlich die Teuerung unsoziale Auswirkungen noch verstärkt. Der Vergleich mit dem wie immer stark ansteigenden Rüstungshaushalt zeigt den Charakter dieser Haushaltspolitik am deutlichsten — auch ohne zu brücksichtigen, daß mindestens vier Milliarden Mark für die Versorgung der Bundeswehr im Ressort „Soziales" auftauchen.

Zum anderen: Im Laufe des Jahres 1984 wurden vom Ministerium Blüm eine Reihe von Maßnahmen und Gesetzesänderungen vorgenommen bzw. erst eingebracht, die zeigen, daß sich lediglich der Schwerpunkt der Politik des Sozialabbaus endgültig verändert hat. Sozialabbau geschieht heute eben in erster Linie nicht mehr über die Haushaltspolitik, da wird nur noch nachvollzogen, sondern direkt über die allgemeine Gesetzgebung, Bundessozialhilfegesetz und Schwerbehindertengesetz seien hier als Beispiele genannt.

Nachdem wir im ersten unserer Reihe von Artikeln zum diesjährigen Bundeshaushalt (der dem Rüstungshaushalt gewidgmet war und die Wirkungen der Wörnerschen Beschlüsse zur Aufrechterhaltung der „Friedensstärke" berücksichtigte — siehe RM Nr. 43) ein einziges Thema behandelten, eben diesen Einzelplan 14 („Verteidigung"), wollen wir aus den oben angeführten Gründen heute das Umfeld des Etats 85 betrachten. Sozialgesetze und Subventionslandschaft sind die Themen.

In den nächsten Folgen werden wir noch auf die beiden Ressorts „Arbeit und Soziales" sowie „Forschung und Entwicklung" eingehen, sowie auf die Beratungen des Bundestages.

„Erstes Gesetz zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes"

Ein sozialpolitischer Skandal . . .

So nannte ein Sprecher der IG Metall den Entwurf des Arbeitsministeriums zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes. Proteste der Verbände führten zunächst einmal dazu, daß der Bundesrat die im Entwurf geforderte „Generalüberprüfung" — aus Kostengründen — ablehnte. Alle anderen Vorschläge Blüms wurden gebilligt — wie zuvor schon im Bundeskabinett.

Der Entwurf Blüms zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes ist ein Musterbeispiel dafür, wie von Kürzung der Sozialausgaben im Haushalt dazu übergegangen wird, das System der sozialen Sicherung aus den Angeln zu heben. Seit langem wütet die reaktionäre Propaganda, 4,6 Millionen Schwerbehinderte seien viel zu viel, da seien massenhaft Drückeberger (ganz so, wie sie es jahrelang auch mit den Arbeitslosen getrieben haben), da entstünden — schmarotzerhaft ausgenutzte — überflüssige, enorme Kosten usw. In den letzten Bundeshaushalten waren bereits kräftige Einschnitte gemacht worden: die kostenlose Beförderung durch die Bundesbahn wurde ebenso eingeschränkt wie die Bezugsrechte von Erwerbsunfähigkeitsrenten, besonders für Frauen. Schon bei den ersten Debatten um diese Maßnahmen hatte Blüm verbreiten lassen, man müsse die Zahl der Schwerbehinderten absenken. Mehr Anstrengungen zur Gesundheitserhaltung, oder zur Wiederherstellung waren damit nicht gemeint — die Einschnitte im ganzen Kurwesen zeigten dies nochmals deutlich.

Die logische Konsequenz aus dieser Forderung der Kapitalisten, die sich Blüm — natürlich — zu eigen gemacht hat, wird nun in seinem Gesetzentwurf gezogen. Vor allem an zwei Punkten. Der erste: *„Behinderung im Sinne des Gesetzes ist die Auswirkung einer nicht nur vorübergehenden Funktionsbeeinträchtigung, die auf einem körperlichen, geistigen oder seelischen Zustand beruht, der von dem für das jeweilige Lebensalter typischen Zustand abweicht . . ."*

Entscheidend dabei ist die Bestimmung der Abweichung vom typischen Zustand des Lebensalters. Damit werden — vom Grundsatz her — alle „Altersbehinderten" in der Tat aus dem Gesetz ausgeschlossen. Dies eröffnet zudem auch die Möglichkeit, der vom Kapital so laut beklagten „massenhaften Frühinvalidität" ein Ende zu bereiten. Denn laut Statistik ist die Minderung der Erwerbsfähigkeit ab ungefähr 55 Jahre fast schon der Normalzustand — typisch für das Lebensalter eben . . .

Die bisherige Bestimmung, daß als behindert gilt, wer in seiner Erwerbsfähigkeit „gemindert" ist, wird in diesem Paragraphen 2 des Blümschen Entwurfs also rundweg gekippt, eine neue — ausgesprochen „kostensparende" Definition wird eingeführt.

Dem entsprach als zweitem herausragenden Punkt des Entwurfs die vorläufig abgelehnte Generalüberprüfung. Der Paragraph 3 seines Machwerks beinhaltete die amtsärztliche Untersuchung aller Feststellungsbescheide ohne vorherige Untersuchung bis Ende 1989. Dabei kann es gar nicht um sogenannte fragliche Fälle gehen, wie verschiedentlich in der Auseinandersetzung behauptet wurde — denn diese wurden ja in der Regel vor der Feststellung ihrer Behinderung ärztlich untersucht. Es kann nur um das systematische Ausscheiden des „Nutzerkreises" gehen, verbunden mit gewaltigem Aufwand zur bürokratischen Abschreckung und Demütigung von Menschen.



Aber auch ohne diese Generalüberprüfung — die Blüm nach wie vor haben will — sind in dem Entwurf auch eine ganze Reihe konkreter Folgerungen aus der grundsätzlichen Umdefinierung enthalten.

Das Verbot der unsteten Beschäftigung von Schwerbehinderten wird außer Kraft gesetzt, ihr Kündigungsschutz gilt künftig erst ab 6 Monaten, „freiwillige" Kündigungen der Behinderten sind nun auch ohne Zustimmung der Behörde möglich, ein Tag Urlaub wird gekürzt, die restlichen fünf Tage Sonderurlaub können auf Kuren angerechnet werden, nach verschiedenen Schätzungen fallen durch neue Berechnung der Pflichtstellen für Behinderte (künftig Belegschaften ohne die Auszubildenden als Berechnungsbasis) 60000 Pflichtarbeitsplätze weg.

Wer solche Gesetze verabschiedet und gleichzeitig behauptet, die Zeit der sozialen Kürzungen im Haushalt sei vorüber, der betreibt nicht nur eine äußerst reaktionäre „Sozialpolitik" — der ist auch ein Lügner. Und die Ausgaben im Haushalt sinken tatsächlich . . .

Hans, Franz und Norbert: Meinungsverschiedenheit?

Mit dem Brief, den wir auf dieser Seite als Dokument abdrucken, antwortet der IGM-Vorstand also auf die wachsende Zahl von Forderungen, die aus den Kreisen der Mitgliedschaft kommen, nach einem Ausschlußverfahren gegen das IGM-Mitglied Norbert Blüm, seines Zeichens persönlich Verantwortlicher für die reaktionäre Sozialpolitik Bonns. Sein Fazit: Kein Ausschlußverfahren.

Zieht man einmal das ganze Getöse von Verständnis und Protest, das Hans Mayr und Franz Steinkühler loslassen, vom Umfang des Briefes ab, bleiben faktisch noch zwei Argumente.

„Die Gewerkschaften können kein Korrekturinstrument für getroffene Wahlentscheidungen sein."

Und:

„Dies gilt um so mehr, als wir grundsätzlich der Auffassung sind, daß Verfahren nach § 11 der Satzung kein Instrument zum Austragen unterschiedlicher politischer Auffassungen sind."

Was das erste Argument betrifft — das ja noch verstärkt wird durch den Hinweis auf die Gewerkschaftsmitglieder, die diese Regierung gewählt haben — so ist es in der Tat nicht nur blauäugig oder naiv, wenn so etwas gesagt, zur Voraussetzung des Handelns gemacht wird.

Die Behauptung von einer „demokratisch gewählten Regierung" ist ja nun wirklich nur aufrecht zu erhalten, wenn von einem ganz bestimmten Verständnis von Demokratie ausgegangen wird. Ein Verständnis, das außer Acht läßt, daß die politischen Aussagen, mit denen diese Regierung gewählt wurde, faktisch einen Wahlbetrug darstellen. Keines der Gewerkschaftsmitglieder, das die Regierungsparteien gewählt hat, wählte den „Aufschwung". Ein Verständnis von Demokratie — und dies ist ja gerade in diesen Tagen klarer denn je — das außer Acht läßt, daß das Kapital sich hier eine Regierung zusammengekauft hatte, einen Wechsel der Koalition ohne jede Wahl finanziert und danach alle seine Mittel für die Bestätigung dieser Regierung in einer Wahl einsetzte. Niemand wird unterstellen wollen, Mayr und Steinkühler würden diese Fakten nicht kennen. Ihre eigene Gewerkschaftszeitung darf darüber sehr viel schreiben — nur ist es nicht erlaubt, daraus irgendwelche Schlußfolgerungen zu ziehen.

Es ist aber auch ein seltsames Verständnis von Gewerkschaft, das hier an den Tag gelegt wird. Die Gewerkschaft hat sich halt dem Diktat der — dummen — Wähler zu beugen. Daß es nicht das Diktat „der Wähler" ist, ist dabei nur die eine Seite. Die andere Seite: Man könnte ja auch aus dieser Lage die Schlußfolgerung ziehen, daß es Aufgabe der Gewerkschaft — und damit natürlich in erster Linie der IG Metall — sei, gegen diese Politik Front zu machen, zu mobilisieren, aufzuklären. Bei Kundgebungen und anderen Anlässen, wo es ihnen angebracht erscheint, haben sowohl Mayr als auch und erst recht Steinkühler schon zu sehr scharfen Formulierungen gegen diese Regierung gegriffen. Aber, wenn es ums „Ganze" geht, der Sache auf den Grund kommt, dann stellen sie diese politischen Auseinandersetzungen ganz einfach schnell als „Meinungsverschiedenheit" hin, die man halt demokratisch behandeln müsse. Es handelt sich ja aber, bei genauer Betrachtung der Lage, nicht um verschiedene Meinungen. Sondern es handelt sich um verschiedene — und zwar deutlich sichtbar gegensätzliche — Interessen. Blüm will keine neue Arbeitszeitordnung oder er will die Abschaffung von Arbeitsschutzgesetzen nicht etwa, weil er eine andere Meinung davon hat, was für die Kollegen am besten wäre. Er macht seine Politik, weil dies seine „Sponsoren" so haben wollen. Es handelt sich demzufolge auch gar nicht um die Diskussion verschiedener Meinungen, sondern in der Tat um eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Zielen. Damit dies nicht allzu deutlich wird, damit da keine tiefergehende Konfrontation entsteht — das ist der einzige erdenkliche Grund weswegen die beiden Gewerkschaftsführer diesen Brief schreiben.

Dieses erste Argument, der angebliche Respekt vor dem Wähler und die Behandlung der Sache als Meinungsverschiedenheit — die sind in der Tat so neu nicht. Spätestens die Erklärungen Breits aus Anlaß der letzten Bundestagswahl hatten deutlich gemacht, daß an dieser traditionellen Haltung im DGB festgehalten werden soll. Es ist die Position, die Staatserhaltung, das Hochhalten der — von der anderen Seite nie eingehaltenen — „Spielregeln" der parlamentarischen Demokratie, so, wie sie in den bürgerlichen Lehrbüchern stehen, an die erste Stelle, über alles zu setzen. Auf Kosten der grundlegenden Interessen der Mitgliedschaft. Eine Kampfansage an Blüm und damit an die Regierung würde der Klarstellung des wirklichen Gegensatzes dienen. Das wird so verhindert.

Das zweite Argument, administratives Vorgehen sei für politische Auseinandersetzungen nicht geeignet — das überrascht in der Tat schon viel mehr. So haben die IGM-Vorstandsmitglieder bei den berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüssen niemals argumentiert — obwohl es wirklich um unterschiedliche Meinungen ging. Die serienweisen Gewerkschaftsausschlüsse auch aus der IG Metall, beginnend mit der Plakat-Gruppe bei Daimler/Stuttgart haben die gewerkschaftspolitische Landschaft in der Tat maßgeblich geprägt. Sie schufen eine Situation und eine Atmosphäre, in denen politische Kritik am Kurs der IGM-Führung weitgehend unmöglich wurde — sofern sie von links kam. Reihenweise wurde da ausschließlich mit diesem Paragafen vorgegangen, sei es bei Genossen und Kollegen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition oder aber auch bei den vielen Listen bei Betriebsratswahlen — die sich oft genug in der Auseinandersetzung mit Betriebsräten bildeten, die das Wort nicht wert waren. Und dies ist ja keine Politik von früher — sie wird heute genauso fortgesetzt, wie sie einst begonnen wurde.

Mit den Formulierungen, die in dem Brief gewählt wurden, soll außerdem offensichtlich eine Auseinandersetzung um den Begriff „gewerkschaftsfeindlich" vermieden werden. Denn sonst müßten Steinkühler und Mayr ja politisch dazu Stellung beziehen, warum Kräfte, die mehr Konsequenz im Kampf gegen die Unternehmer fordern, gewerkschaftsfeindlich sein sollen, während Blüm nicht unter dieses Etikett fällt, obwohl es bei ihm in der Tat stimmt.

„Verfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten" gegen den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in der letzten Zeit häufen sich Anfragen von Mitgliedern und Gremien der IG Metall auf örtlicher und bezirklicher Ebene, warum nicht gegen den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, ein „Verfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten" eingeleitet wird.

Der Vorstand der IG Metall hat Verständnis für die zunehmende Verärgerung der Mitgliedschaft über die Politik der Bundesregierung. Er hat mehrfach klargestellt, daß die Politik der Bundesregierung dazu führt, den in jahrelangen Kämpfen errungenen sozialen Besitzstand abzubauen und Arbeitnehmerschutzrechte einzuschränken. Der Vorstand der IG Metall ist sich in Übereinstimmung mit allen Gremien und der überwiegenden Zahl der Mitglieder unserer Organisation einig, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung nicht nur die Sozialpolitik der Bundesregierung repräsentiert, sondern auch für deren Inhalte persönlich verantwortlich zeichnet.

Unabhängig hiervon ist der Vorstand gleichwohl der Auffassung, daß der arbeitnehmerfeindlichen Politik der Bundesregierung und speziell ihrer Sozialpolitik, nicht mit administrativen Maßnahmen, sondern politisch entgegengetreten werden muß.

Der Bundesminister für Arbeit wurde nicht von der IG Metall in sein Amt delegiert. Der zu respektierende Tatbestand, daß auch ein beachtlicher Anteil von Arbeitnehmern und Gewerkschaftsmitgliedern die derzeitige Bundesregierung gewählt hat, kann und soll nicht mit einem Ausschlußverfahren verändert werden.

Dies gilt um so mehr, als wir grundsätzlich der Auffassung sind, daß Verfahren nach § 11 der Satzung kein Instrument zum Austragen unterschiedlicher politischer Auffassungen sind.

Norbert Blüm ist Mitglied der IG Metall und hat als solches das Recht, mit der Politik unserer Organisation nicht in allen Punkten einverstanden zu sein. Umgekehrt hat auch jedes Mitglied das Recht, Norbert Blüms Politik für falsch und unsolidarisch zu halten und ihm dies mitzuteilen.

Die Gewerkschaften können kein Korrekturinstrument für getroffene Wahlentscheidungen sein.

Die Politik der Bundesregierung kann auch nicht durch den Ausschluß eines ihrer Mitglieder aus der IG Metall korrigiert werden.

Wir bitten, bei der Behandlung dieses Themas in diesem Sinne zu argumentieren.

Mit freundlichen Grüßen
Industriegewerkschaft Metall
f. d. Bundesrepublik Deutschland
Vorstand
Hans Mayr Franz Steinkühler

HBV-Kongreß — den Aufgaben gerecht geworden?

Eine offene Frage, wenn man sich einige Fakten im Vorfeld des vor wenigen Tagen zu Ende gegangenen Mannheimer Gewerkschaftstages der HBV vor Augen führt.

• Mitgliederentwicklung — hier ist zwar positiv zu vermerken, daß die HBV seit 1979 — im Gegensatz zu anderen DGB-Gewerkschaften — noch zugelegt hat, jedoch ist seit 1981 die Marke von 365 000 Mitgliedern die Schallgrenze. Bei den Jugendlichen ist sogar eine rückläufige Entwicklung festzustellen — ohne die zu über 90 Prozent aus Frauen bestehenden Mitgliederneuaufnahmen 25 000 von 26 500 seit 79 — sähe es deutlich schlechter aus. Angesichts von rund 3,5 Millionen Beschäftigten im gesamten Organisationsbereich nach wie vor eine sehr geringe Quote.

• Etwa 5 Prozent der HBV-Mitglieder sind gewählte Betriebsräte — dieser Charakter als „Betriebsrätegewerkschaft" (nach der IGM hat die HBV die zweithöchste Zahl an Betriebsräten aller DGB-Gewerkschaften) hat sicher nicht nur einen positiven Einfluß auf die Darstellung und auf die Arbeit der HBV — sozialpartnerschaftliche Vorstellungen werden dadurch in starkem Maße gefördert.

• Obwohl die Frauen etwa 55 Prozent der Mitgliedschaft stellen, waren nur knapp 30 Prozent der 296 Delegierten Frauen.

• Nach wie vor ist die DAG — insbesondere im Bereich Banken und Versicherungen — sowohl in den Betriebsräten als auch bei den Tarifverhandlungen und der Mitgliederzahl eine starke Konkurrenz. Nicht zuletzt der Pilotabschluß in diesen Bereichen durch die DAG' den die HBV nicht verändern konnte, zeigte dies in der Tarifrunde 84.

• Nach einer Umfrage in Bremen werden von 70 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel regelmäßig Überstunden geleistet. Damit verbunden ist die bisher immer mehr ausgeweitete flexible Arbeitszeit in den verschiedensten Formen (Kapovaz, Teilzeit, Arbeit auf Abruf etc.) Insgesamt mehr als 30 (!) verschiedene Arbeitszeitregelungen sind allein im Handel bekannt. Nur 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten regelmäßig von Montag bis Freitag.

Eine unvollständige Auflistung der Probleme im Bereich der HBV, die aber deutlich macht, welche Aufgaben vor den Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich stehen.

Soweit sich erste Ergebnisse des Gewerkschaftstages bewerten lassen, erscheinen folgende Punkte wichtig:

• Gegen die Empfehlung der mehrheitlich von Männern besetzten Antragskommission setzten sich die Delegierten zur Wehr und beschlossen, daß die über 55 Prozent der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in Zukunft mit vier (bisher zwei) Frauen im ehrenamtlichen Vorstand vertreten sein sollen.

• Ein weitgehender Beschluß wurde gefaßt zur Frage der Arbeitslosen — der bisher weitgehendste im DGB. Nach der Satzungsänderung können Arbeitslose, die nachweislich und vorrangig eine Beschäftigung im HBV-Bereich anstreben, an ihrem Wohnort „Anwärter" werden, ohne Beitrag zu zahlen. Vollmitglied werden sie bei Aufnahme von Arbeit oder Ausbildung. Ab dem 1. 1. 86 werden sie sofort Vollmitglied. Der Beschluß steht nur unter dem Vorbehalt einer steuerrechtlichen Prüfung durch den Hauptvorstand.

• Gefordert wurde die tarifliche Absicherung der Ladenschlußzeiten.

• Eine breite innergewerkschaftliche Debatte über politischen Streik soll in Gang gesetzt werden.

• Ein Antrag zur „Sicherung und zum Ausbau der Organisationskraft", der vom Vorstand vorgelegt worden war, wurde abgelehnt. Er stützte sich auf Meinungsforschungsergebnisse über die im HBV-Bereich Beschäftigten und ihre Interessen. „Herausgefunden" wurde in dieser Umfrage, daß über 50 Prozent der im HBV-Bereich arbeitenden und etwa 40 Prozent der HBV-Mitglieder CDU-Wähler seien, 40 Prozent der „Hör zu" nennenswerte Beachtung schenkten usw.

Daraus hatte der Kontrollausschuß abgeleitet, weniger mit düsteren Zukunftsbildern, gezielter Arbeitnehmer mit verantwortlichen und leitenden Funktionen anzusprechen usw. Diesen Tendenzen zur „Anpassung an das Bild-Niveau" wie es einer der Delegierten nannte, wurde die Notwendigkeit entgegen gehalten, verstärkt für eine antikapitalistische Konfliktstrategie einzutreten.

Das schlechteste Ergebnis bei den Vorstandswahlen erhielt der — vom „Handelsblatt" als „strammer rechter Sozialdemokrat" gekennzeichnete — Kassierer Fürbeth. Die Stimmenzahl von Steinborn, 2. Vorsitzender, sank im Vergleich zum letzten Kongreß, während der als „Linker" gekennzeichnete Christian Götz seinen Stimmenanteil steigern konnte und Steinborn überholte.

Nur in einer Stunde angerissen wurde das für den Gesamtbereich außerordentlich wichtige Thema „Technischer Wandel" — wichtig nicht zuletzt deshalb, weil Hunderttausende von Arbeitsplätzen gerade im Bereich der HBV durch EDV usw. in den letzten Jahren vernichtet wurden und weil weiteres in dieser Richtung bevorsteht.

Der nebenstehend in einer Kurzfassung dokumentierte Aufruf gegen die neuen Telekommunikationstechniken soll eine Hilfe sein bei einem der neuen Kampfmittel der HBV — dem in Erwägung gezogenen Käufer- und Produktenstreik.

Im Hintergrund:

„Elektronische Einsiedelei"

Wer per „elektronischer Selbstbedienung" von zu Hause aus bei Banken oder in Reisebüros Buchungen vornimmt, mit Versicherungen korrespondiert oder Waren, etwa im Versandhandel, bestellt, leistet eigentlich „unbezahlte Heimarbeit" und gefährdet unmittelbar die Existenz von Arbeitnehmern in den Unternehmen, vor allem von Sachbearbeitern. So lautet die Begründung eines Aufrufs der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) an alle Arbeitnehmer, in ihrem privaten Bereich auf die neuen Telekommunikationstechniken, beispielsweise Bildschirmtext, zu verzichten.

Der Boykott, zu dem die HBV aufruft, soll helfen, die unsozialen Auswirkungen einer „allgemeinen und massenhaften Anwendung" der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu verhindern. Beschlossen wurde der Aufruf in der vergangenen Woche vom 11. HBV-Kongreß in Mannheim.

Der private Dienstleistungsbereich ist besonders stark von der Entwicklung und Ausbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien betroffen. Nach Darstellung von Experten ist die „vernetzte Computerisierung" in diesen Branchen schon sehr viel weiter fortgeschritten als etwa in den großen Industrieverwaltungen. Allein bei den Versicherungen sind nach einer Voraussage des ehemaligen Allianz-Vorstandsmitglieds Heinz Müller-Lutz in der Zeitschrift „Versicherungswirtschaft" 40 000 bis 50 000 Arbeitsplätze zudem „teleheimarbeitsverdächtig".

Wie schon die Gewerkschaften Metall und ÖTV auf ihren letzten Kongressen, hat auch der HBV-Kongreß nun jede elektronische Heimarbeit abgelehnt.

Weil die Gewerkschaften aber nicht an der Tatsache vorbei können, daß Arbeit mit Hilfe der Elektronik auf jeden Fall aus zentralen Büros in Wohngebiete verlagert werden kann und wohnungsnahe Arbeitsplätze insbesondere von Frauen „nachgefragt" werden, haben diese drei Gewerkschaften Mindestbedingungen für „elektronische Fernarbeit" festgelegt, die Heimarbeit („elektronische Einsiedelei") verhindern sollen.

Erstens: Dezentrale elektronische Fernarbeit dürfe nur im Rahmen von festen und ständig sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen und unter dem Geltungsbereich von Tarifverträgen möglich sein. Zweitens: Diese Arbeit müsse so organisiert werden, daß sie in „betriebs- und personalratsfähigen Größenordnungen" erfolge. „In diesem Sinne heißt Dezentralisierung wohnungsnahe, aber nicht in Privatwohnungen befindliche Arbeitsplätze", erläuterte die HBV.

Der Arbeitnehmerstatus bei elektronischer Fernarbeit soll durch eine Novellierung des Heimarbeitergesetzes abgesichert werden. Diese allgemeine Forderung von IG Metall und ÖTV hat die HBV präzisiert. Sie fordert, es solle gesetzlich ausgeschlossen werden, daß Unternehmen, wie es in den USA und Großbritannien schon Alltag sei, ehemalige Angestellte zu freien Mitarbeitern („Scheinselbständige") machen. Verboten werden soll auch der Abschluß von Werk- oder Honorarverträgen mit „Sub-Unternehmen", damit nicht Heimarbeiter(innen) einfach „Ein-Mann-/Ein-Frau-Unternehmen" gründen und sich so den sozialen Schutzrechten entziehen können. Außerdem sollen die Berufsgenossenschaften für die neuen Technologien Sicherheitsstandards entwickeln, die Heimarbeit praktisch unmöglich machen.

Zur Ablehnung der Heimarbeit heißt es in dem HBV-Beschluß, in der Regel erfolge die Erwerbstätigkeit am heimischen Bildschirm in Verbindung mit zentralen Rechnern. Die Verlagerung der Arbeit in die Wohnungen öffne den Privatbereich für all' die Zwänge, denen Arbeitnehmer auch im Betrieb ausgesetzt seien. Vor allem würde die Belastung der Frauen verstärkt und das Familienleben erheblich beeinträchtigt.

WOLF GUNTER BRUGMANN

Vertrauensleutekonferenz der IGM

Anti-Überstunden-Kampagne

Auf der 12. bundesweiten V-Leute-Konferenz der IG Metall letzte Woche in Mannheim wurde bekräftigt, daß sich die Organisation für die Losung „38,5 Stunden für alle" einsetzen werde. Dies müsse, so betonte Horst Klaus vom IGM-Vorstand, mit einer Kampagne gegen die Überstunden verbunden werden.

Natürlich ist es zu begrüßen, wenn sich die Bundeskonferenz der Vertrauensleute für die 38,5 stark macht — in der Tat ist die einheitliche Arbeitszeitverkürzung für alle der beste Riegel gegen die verschiedenen Vorstellungen der Kapitalisten zur variablen Arbeitszeit.

Ebenso ist es richtig, wenn betont wird, daß damit im Zusammenhang eine Kampagne gegen Überstunden stehen muß. Wie ernst dies alles gemeint ist — darüber nachzudenken macht die Entwicklung beispielsweise in der Automobilindustrie, aber auch in der Stahlerzeugung (siehe die Artikel auf diesen Seiten) zur Pflicht. Denn: Es ist offensichtlich sehr spät, eine solche Kampagne bundesweit zu organisieren.

Das Problem der Mehrarbeit steht ja beileibe nicht erst jetzt, sondern es steht und stand seit dem ersten Tag nach dem Streik in der Metallindustrie, vor allem eben in der Autoindustrie. Und was die berüchtigte Frage der „Streikfolgen" betrifft, so ist es ja ohne Zweifel so, daß die Produktionsverluste der Autokapitalisten längst wieder „hereingeholt" sind. Da ist es leicht, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß eine solche Kampagne von Anfang an Not getan hätte, daß das, was in dieser Beziehung bereits vor dem Streik an einer Reihe von Betrieben begonnen hatte, sofort hätte fortgesetzt werden müssen und verbreitert. Dies ist nicht, auch nicht ansatzweise geschehen — bestenfalls haben gewerkschaftsoppositionelle Kräfte dagegen protestiert und wurden abgebügelt.

Oft genug ist in diesen Auseinandersetzungen abermals — von Gewerkschaftern — das Argument der „Konkurrenz" angeführt worden. Diesem kapitalistischen Grundargument das gewerkschaftliche Grundargument der Solidarität und Organisation entgegenzustellen (eben Organisierung des Widerstands gegen Überstunden nicht in diesem oder jenem einzelnen Betrieb sondern bundesweit) ist in dieser Auseinandersetzung, wie sie bisher lief, nur den wenigsten „eingefallen".

Spät ist es also, solch eine Kampagne zu starten — das ist eindeutig, aber noch nicht zu spät. Denn noch geht es ja um die betriebliche Umsetzung der Tarifverträge und allerspätestens da wird sich erweisen, wie ernst solche Äußerungen gemeint sind. Damit deutlich wird, was gemeint ist: Es geht nicht darum, solch eine Kampagne irgendwann im nächsten Frühjahr zu beginnen, sondern es geht darum, jetzt und sofort damit anzufangen. Denn ohne Schwierigkeiten läßt sich solch eine Kampagne ohnehin nicht durchführen, Mobilisierung tut not dafür. Und beileibe nicht nur bei der „Basis". Es sind durchaus nicht nur jene Betriebsräte, die beispielsweise bereits während des Streiks eine negative Rolle gespielt haben, die heute Überstunden zugestimmt haben. Diese taten das ohnehin.

Mehrarbeit:

Neuer Produktionsrekord in der Automobilindustrie

Mit 422 000 Fahrzeugen hat es einen neuen Rekord gegeben, der nur noch im März 82 überboten wurde — ein solches Oktoberergebnis hat es noch nie gegeben. Hintergrund ist die enorme Aufholjagd, die nach den Streiks eingesetzt hat.

Mehrarbeit und Sonderschichten sind an der Tagesordnung — mit Genehmigung der Mehrheiten in den jeweiligen Betriebsräten. Dazu liegt als eine erste — für die folgenden Monate nicht anders aussehende Statistik vor, die die Größenordnung deutlich macht.

Der Vergleich zwischen April 84 und Juli 84 in bezug auf Mehrarbeit macht deutlich, daß die Branchen die höchsten Zuwachsraten haben, die für den Automobilsektor arbeiten — einschließlich der Automobilfirmen selbst.

Der derzeitige Trend einer leichten Veränderung zwischen der Summe der Ab- und Zunahmen bei den Beschäftigten, muß u.a. vor folgendem Hintergrund gesehen werden. Bedingt durch Mehrarbeit und Sonderschichten steigt die Krankenrate immer schnell an. Eine alte Erfahrung in allen Branchen. Bei einem Konzern mit 100 000 Beschäftigten etwa führt ein nur 2prozentiges Steigen der Rate damit automatisch zu einem Mehrbedarf von 2000 Beschäftigten — denn die meisten Betriebe sind an der untersten Grenze der „Kapazitätsreserve" in bezug auf Urlaub und Krankheit angelangt.

Verweigerung von Mehrarbeit gerade in der jetzigen Situation ist also gerade in diesen Bereichen zur Zeit auch ein ökonomisch wirksames Druckmittel auf die Unternehmer, Belegschaftsforderungen durchzusetzen — z. B. bezüglich 38,5 Stunden für alle

Hoesch/Dortmund:

Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im Stahlbereich

Eine erste Dienstanweisung zur Umsetzung der 38-Stunden-Woche im Stahlbereich gibt es jetzt bei Hoesch in Dortmund.

Zwar ist noch keine endgültige Betriebsvereinbarung abgeschlossen worden, aber der Vorstand hat die Position, die er durchsetzen will in einem Rundschreiben festgelegt. Im folgenden die wichtigsten Bestimmungen, die im Kern bedeuten:

- Spaltung der Belegschaft in 13 und 12 Tage Freischichtler
- Verkürzung der Arbeitszeit um zwei oder vier Stunden in den Bereichen, in denen sich Hoesch eine leichte Möglichkeit verspricht, durch erhöhte Leistungsverdichtung ohne neues Personal auszukommen.

1. Arbeitnehmer in Konti-Arbeitsweise:

Arbeitnehmer, die gem. § 4, Tz. 1 MTV in kontinuierlicher Arbeitsweise arbeiten, erreichen durch Freistellung von zusätzlich 13 Schichten zu insgesamt 26 Schichten pro Jahr die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit gem § 2, Tz. 1.1 MTV. Die Freischichten können einzeln oder in gebündelter Form abgewickelt werden.

Bei Bildung von Freizeitblöcken ist von 4 Arbeitsgruppen mit jeweils drei Freizeitblöcken auszugehen.

2. Arbeitnehmer mit 3-schichtiger Arbeitsweise

Die tarifliche Arbeitszeitverkürzung wird für das Jahr '85 durch Gewährung von 12 Freischichten erreicht. Die Freischichten können einzeln oder in gebündelter Form entsprechend den betrieblichen Notwendigkeiten vergeben werden.

3. Arbeitnehmer mit 1-, 2-schichtiger Arbeitsweise und in der Verwaltung

Die tarifliche Arbeitszeitverkürzung kann — unter Berücksichtigung der Belange der Belegschaft und der Betriebe / Abteilungen — auch als Wochenarbeitszeitverkürzung, und zwar entweder durch stundenweise Bündelung pro Woche oder 14tägig durchgeführt werden.

Bei Bündelung der Arbeitszeitverkürzung zu freien Tagen sind für das Jahr '85 12 Freischichten in Ansatz zu bringen. Diese werden im Grundsatz ratierlich abgewickelt.

Die vorgesehenen Regelungen sind vor Vereinbarung mit dem Betriebsrat mit der Arbeitswirtschaft abzustimmen.

Der Vorstand erwartet, daß die durch die Arbeitszeitverkürzung bedingte Erhöhung der Stellenzahlen auf ein Mindestmaß, z. B. bei Postenbesetzung, beschränkt wird.

Rüstungskarussell dreht sich: Richtung weitere Rüstungskonzentration!

So lautet kurz und bündig die Schlußfolgerung aus den jüngsten Meldungen bezüglich der Gespräche über die Übernahme von Anteilen an Krauss-Maffei durch Dornier und Diehl.

Gleichzeitig war bekannt geworden, daß auch MBB Interesse daran habe, sich diesen Konzern einzuverleiben.

Krauss-Maffei hatte 1982 einen Gesamtumsatz von 1,4 Mrd. DM, 1983 von rund 2 Mrd DM — der Anteil des Rüstungsumsatzes daran schwankt — nach verschiedenen Quellen — zwischen 50 und 75 Prozent.

Ähnlich wie beim Verkauf der Daimler Aktien spielt Flick — zu dessen Imperium diese Firma mit rund 4700 Beschäftigten gehört — wieder einmal die Karte „Wenn sich bei uns im Lande keiner findet, dann bekommen die Ausländer diese Firma", sicher nicht zuletzt, um einerseits einen möglichst hohen Preis rauszuschlagen, andererseits mit scheinheiliger „Anmeldung von Bedenken" durch das Bundeskartellamt, freie Bahn zu schaffen, daß das Bundeswirtschaftsministerium im Fall des Falles eine Ausnahmegenehmigung zum Erwerb der Firma erteilt — egal ob für MBB oder Diehl und Dornier, bei denen man in Berlin wohl weniger Bedenken hätte.

Krauss-Maffei hat einen Anteil von 55 Prozent an der Panzerproduktion, die restlichen 45 Prozent hält Krupp. Da Krupp auch über die ehemaligen VFW-Werke in Bremen — jetzt in MBB eingegliedert — einen Anteil an MBB hält, wäre bei einer Übernahme durch MBB dieser Konzern praktisch sowohl auf dem Gebiet Luft wie Heer eindeutig führender Konzern und noch eindeutiger als bisher praktisch Monopolist. Wie auch immer dieser interne Streit zwischen den verschiedenen Monopolgruppierungen ausgeht, feststellbar ist, das Ballungsgebiet der Rüstungskonzerne ist Bayern, besonders die Münchener Region. Für uns Anlaß, anhand verschiedener Schaubilder, die für sich sprechen und nicht groß kommentiert werden müssen, darzustellen, was ist, wer was ist, wo sich das „Oberhaus" der Rüstungsproduzenten tummelt, wie „gut" sie die Bundeswehr versorgen, wie „gut" ihre Exportentwicklung ist.

Rüstungsproduktion und Rüstungsarbeitsplätze in der Bundesrepublik 1956 bis 1981

	Rüstungsnachfrage im Inland	Rüstungsexporte	Rüstungsnachfrage gesamt	Zahl der Rüstungsarbeitsplätze[2] in 1000	Anteil am produzierenden Gewerbe
1956	0,8[1]	–	0,8[1]	87	0,76%
1957	1,2	–	1,2	123	1,06%
1958	1,4	–	1,4	149	1,27%
1959	1,7	–	1,7	157	1,32%
1960	1,8	–	1,8	147	1,22%
1961	3,5	0,1[1]	3,6	253	1,98%
1962	4,8	0,3	5,2	342	2,85%
1963	5,0	0,3	5,3	332	2,57%
1964	3,7	1,0	4,7	275	2,11%
1965	4,3	0,4	4,7	249	1,88%
1966	4,5	0,3	4,8	270	1,83%
1967	5,8	0,2	6,0	217	2,18%
1968	4,6	0,4	5,0	224	1,74%
1969	5,2	0,4	5,7	224	1,75%
1970	5,5	0,7	6,2	218	1,72%
1971	6,1	0,5	6,6	240	1,88%
1972	6,8	1,1	7,9	219	1,87%
1973	7,6	0,4	8,0	203	1,71%
1974	7,6	0,5	8,1	213	1,64%
1975	8,1	1,0	9,1	218	1,83%
1976	8,6	1,7	10,3	229	1,92%
1977	9,7	1,9	11,6	226	2,02%
1978	10,5	1,7	12,2	227	1,99%
1979	11,9	1,5	13,4	233	1,98%
1980	12,2	2,2	14,4	240	2,01%
1981	13,8	2,5	16,3	240	2,17%

* Alle Angaben in DM. [1] geschätzt. Nach: Brzoska/Guha/Wellmann: „Das Geschäft mit dem Tod".

Die waffen „schmieden"[1)]

Kiel
Emden
Hamburg
Bremen
Düsseldorf
Köln
Kassel
Frankfurt
Geisenheim
Mainz
Nürnberg
Karlsruhe
Stuttgart
Oberndorf
Ulm
Augsburg
Überlingen
Friedrichshafen
München

Bedeutung der zahlen:

1 = waffen und munition

2 = landfahrzeuge und panzer

3 = kriegsschiffe und flugzeuge

4 = anlagen, waffen- und munitionsfabriken

5 = radar, elektronik, systeme

Anmerkung 1)
Hersteller von rüstungsgütern mit einem jahresumsatz von über 100 millionen DM jährlich in den jahren 1980/81 oder 82

Polizisten stürmen Kirchenräume

Philippinische Familie aus Hamburg verjagt

Hamburgs Innensenator Rolf Lange, die Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft und einige Dutzend Polizisten haben gesiegt — über eine Frau und ihre beiden Kinder. Es handelt sich um Susan Alviola, die Frau eines philippinischen Seemanns und ihre Kinder Clarizze und Alvin, 12 und 14 Jahre alt.

Die drei waren 1981 in die Bundesrepublik eingereist — mit einem Touristenvisum, weil man ihnen in Manila versichert hatte, daß sie hier eine Aufenthaltserlaubnis bekommen würden, weil Herr Alviola auf einem deutschen Schiff fahre. Diese Aufenthaltserlaubnis wurde aber im April 1982 abgelehnt. Zusammen mit einem Unterstützerkomitee setzte Frau Aviola alle möglichen Hebel in Bewegung, um doch in der Bundesrepublik bleiben zu können. Die St. Stephanus-Gemeinde in Hamburg gewährte ihr angesichts der unsicheren Rechtslage Zuflucht.

Aus den Räumen dieser Kirchengemeinde wurde sie am 15.11. gewaltsam verschleppt. Als die anrückenden ca. 30 Polizisten Susan Alviola nicht in den Gemeinderäumen vorfanden, drangen sie in die Kirche selbst ein. Die „Hilfeleistung zur Abreise", wie Senator Lange es nannte, die die Polizeibeamten ausübten, bestand darin, daß sie die Frau, ohne Mantel und nur mit einem Schuh, in ein Auto zerrten und anschließend ihre Kinder, getrennt von ihr, genauso gewaltsam deportierten. Ein Kamerateam der Polizei filmte den Vorgang. Einen Tag später war Frau Aviola mit ihren Kindern bereits auf den Philippinen.

In einem Flugblatt des Unterstützerkomitees für Susan Aviola heißt es u.a.: „Innensenator Lange, die Bürgerschaftsfraktion der SPD und der SPD-Senat haben damit ihrem Ausländergesetz zwar Genüge getan — das Menschenrecht der Familie jedoch mit Füßen getreten. Das Vorgehen der Polizei zeigt, daß sie sich dabei einen Dreck um Recht und Gesetz schert:

- ein Durchsuchungsbefehl für die Kirche war nicht vorhanden;
- dem Anwalt von Susan ist sowohl der Aufenthaltsort verschwiegen als auch die Zulassung zu ihr verwehrt worden;
- die Beamten drangen in die Wohnung des Pastors ein.

Das Eindringen der Senatsschergen in Kirchen wurde bisher allein in Diktaturen praktiziert. Die Sozialdemokraten des Hamburger Senats gehen den Weg, das Ausländergesetz durchzusetzen, indem sie zu offenem Rechtsbruch und zu direkter Polizeiwillkür greifen. Keine Spur von liberaler Ausländerpolitik!...

Jemand, der eine derartige Politik vertritt wie Innensenator Lange, hat in Hamburg nichts zu suchen. Wir fordern den Rücktritt des Herrn Lange. Wir kämpfen dafür, daß

- Susan Aviola und ihre Kinder wieder nach Hamburg kommen;
- Schluß gemacht wird mit der menschenverachtenden Abschiebepraxis;
- das menschenverachtende Ausländergesetz beseitigt und ein Niederlassungsrecht eingeführt wird."

Neonaziführer Kühnen vor Gericht

Ein nationalsozialistisches Großdeutschland soll es sein

Seit der letzten Woche stehen sie in Frankfurt vor der Staatsschutzkammer vor Gericht: die beiden führenden Neonazis Michael Kühnen und Arnd-Heinz Marx, letzterer vor einiger Zeit wegen eines Femegerichts an einem abtrünnig gewordenen Bandenmitglied bereits zu einer Haftstrafe verurteilt.

In diesem Prozeß geht es um zwei Pamphlete der inzwischen verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA), um den sogenannten Frankfurter Appell, das Gründungsdokument der ANS/NA und ein Flugblatt mit dem Titel „Man nennt uns Neonazis — na und?" Die Anklage lautet auf verfassungswidrige Propaganda.

Wenn man bedenkt, daß Michael Kühnen der führende Kopf der Neonazi-Szene ist, müßte in dieser Verhandlung eigentlich nicht nur einigen Papieren, nicht nur zwei Personen, sondern einer politischen, der faschistischen, militanten Bewegung in der BRD der Prozeß gemacht werden. Aber nichts spricht dafür, daß irgend jemand von Rang und Namen in diesem angeblich so demokratischen Staat ein Interesse daran hat.

Für die Medien ist dieser Prozeß so wie auch der Prozeß gegen den Chef der Wehrsportgruppe Hoffmann in Nürnberg kein Thema. Denn eine spektakuläre Berichterstattung könnte ja den Eindruck erwecken, daß die Neonazis vielleicht doch nicht so unbedeutend sind, wie der Verfassungsschutzbericht glauben machen will...

Und das Gericht? Das Gericht hat bis jetzt vor allem eins getan: Michael Kühnen ein Forum zur Verfügung gestellt, von dem aus er für seine Ideen werben kann. Mit der Forderung nach Wiederzulassung der NSDAP, mit seinem Bekenntnis für Hitlers Programm aus dem Jahre 1920, mit seinem Bekenntnis zu Adolf Hitler selbst usw. An keiner Stelle, weder wenn Kühnen für ein „nationalsozialistisches Großdeutschland", noch wenn er für eine „vernünftige" Rassenpolitik, noch wenn er für die Wiederbelebung der Tradition der SA eintritt, sieht das Gericht einen Anlaß, einzuschreiten. Kein Wunder, daß die Anhänger Kühnens begeistert sind. Und auch ihr „Sieg-Heil"-Rufen und Beifallklatschen für „den Führer" ist für den Vorsitzenden Richter kein Grund, einzuschreiten...



Ein deutsches Gericht und die Menschenwürde eines türkischen Arbeiters

„Nur so zum Spaß" hatten zwei Arbeiter der Druckerei Sellier in Freising (Bayern) im Sommer dieses Jahres ihren türkischen Kollegen Mümün Cakar während der Nachtschicht aufgehängt. Sie wurden wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung angeklagt.

In dem Prozeß, der jetzt vor dem Amtsgericht Freising begonnen hat, erzählt Mümün Cakar über diese furchtbare Nacht in der Druckerei Sellier: zuerst habe man ihn mit einem Gummischlauch fesseln wollen. Der Schlauch war aber zu kurz. Eine halbe Stunde später sei einer der beiden Drucker dann mit einem Strick auf ihn zugegangen. Mümün Cakar floh, wurde aber am Haupttor gefangen und hing plötzlich in der Luft. Ein türkischer Kollege hörte seinen Hilferuf und holte ihn herunter. Wieder auf dem Boden, versuchte Mümün Cakar sich von dem Strick zu befreien. Bevor ihm das gelang, faßte einer der beiden Drucker den Strick, zog Mümün Cakar daran 20 Meter durch die Halle und kommentierte das mit den Worten: „Komm mein Hund".

Was jetzt im Gerichtssaal geschieht, ist fast noch gespenstischer als die Ereignisse in dieser schlimmen Nacht in der Druckerei Sellier.

Das Gericht läßt den Drucker demonstrieren, wie er Mümün Cakar mit einer Hand hochhievte. Es läßt immer wieder demonstrieren, wie Mümün Cakar gefesselt wurde, läßt ihn sich selbst die Schlinge um den Hals legen.

Das Gericht will nicht sehen, was in dieser Nacht wirklich geschehen ist. Es wird darüber verhandelt, wie gefährlich die Verletzungen am Hals und an den Handgelenken Mümün Cakars waren. „Geringfügig", sagt der Gerichtsmediziner. „Wegen dieser Schürfungen ist man nicht arbeitsunfähig", sagt der Geschäftsführer der Firma, ein Herr Hartranft.

Das Gericht will wissen, warum Mümün Cakar nicht sofort in der Nacht, sondern erst am nächsten Morgen Anzeige erstattet hat. Das tut doch ein vernünftiger Mensch nicht, oder? Das Gericht will wissen, warum Mümün Cakar sich nicht an den Betriebsrat gewandt hat. Daß Mümün Cakar darin keinen Sinn sah, weil zwei Mitglieder des Betriebsrats bei dem Vorfall dabeistanden, ist für das Gericht kein Argument. Un so weiter und so fort.

Am zweiten Verhandlungstag zieht der Verteidiger von Mümün Cakar die Anklage wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zurück. Der Prozeß geht weiter. Ein Prozeß, in dem der türkische Arbeiter Mümün Cakar nicht wie ein Hund an einem Strick herumgezerrt wird. In dem er aber wie ein Hund behandelt wird.

Stichwort: Michael Kühnen

Michael Kühnen, der jetzt, 29jährig, in Frankfurt vor Gericht steht, begann seinen Weg zum Nazi-Führer früh. Bereits als Jugendlicher hatte er Kontakt zur „NSDAP" und war aktiv bei den „Jungen Nationaldemokraten". Er machte dann mit bei der „Aktion Widerstand", der „Aktion Neue Rechte", später auch bei dem Projekt „Aktion Vierte Partei".

Kühnen wollte Berufssoldat werden, wurde aber im Juli 1977von der Bundeswehrhochschule und gleichzeitig aus der Bundeswehr unehrenhaft entlassen. Vier Monate später, im November 1977, gründete er die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS). Die ANS war ein Zusammenschluß verschiedener faschistischer Organisationen im norddeutschen Raum (u.a. „Freizeitverein Hansa", „SA-Sturm 8. Mai", „Kampfbund für Rudolf Hess"). Gleichzeitig war die ANS als „Gau Hamburg" der illegalen NSDAP angeschlossen.

1978 wollte die ANS unter den Hauptparolen „Aufhebung des Verbots der NSDAP, Baustopp für Atomkraftwerke und Kampf gegen Kommunismus" an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg teilnehmen. Die Teilnahme scheiterte. Aber nicht weil die Behörden dagegen eingeschritten wären, sondern weil einige der notwendigen Unterstützungsunterschriften fehlten.

Im August wurden Kühnen und weitere fünf Neonazis verhaftet, im Mai 1979 kam es zum Prozeß. Es ging um Überfälle auf eine Kaserne, ein Bundeswehr-Depot und den Truppenübungsplatz Bergen-Hohne. Kühnen wird deshalb zu vier Jahren verurteilt, vom Vorwurf der Bildung einer terroristischen oder kriminellen Vereinigung jedoch ausdrücklich freigesprochen. Kühnen korrespondiert aus dem Gefängnis in Celle mit der gesamten Neonazi-Szene. Außerdem schreibt er, seinem großen Vorbild Adolf Hitler nacheifernd, ein Buch mit dem Titel „Die zweite Revolution".

Wegen dieses Buches wird er wegen „Verherrlichung von Gewalt" und „Aufstachelung von Rassenhaß" erneut zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Kühnen geht dagegen in die Revision — und gewinnt. Am 30.11.1982 ist Kühnen wieder auf freiem Fuß.

Bereits sechs Wochen später, am 15.1.83 gründet er in Frankfurt die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA). Sie ist der bis dahin bedeutendste Zusammenschluß neofaschistischer Organisationen in der BRD. In ihr finden sowohl die Anhänger der verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann" und der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" als auch der „Kampfbund" des Alt-Nazi Erwin Schönborn, die „Kampfgruppe Großdeutschland" des Frankfurters Henri Beier und viele andere eine neue Heimat. Im Juni '83 wird die „Aktion Ausländerrückführung" gegründet, die an den hessischen Landtagswahlen teilnimmt. Chef der AAR ist der zweite Mann der ANS/NA, Thomas Brehl.

Im Dezember '83 werden ANS/NA und AAR von Innenminister Zimmermann verboten. Eine Auflösung der ANS/NA als „terroristische Vereinigung" lehnt Zimmermann ab. Kühnen passiert nichts.

Und so kann er — trotz Verbot — weitermachen. Zunächst von hier aus, später nach seiner Flucht in die Schweiz und anschließend nach Paris, die von den Staatsschutzbehörden gedeckt wurde, vom Ausland aus. Seinen Auslandsaufenthalt nutzte Kühnen auch, um die Gründung einer „europäischen SA" vorzubereiten.

Originalton Michael Kühnen

Am 14.2.1982 erschien in der „Deutschen Sonntagszeitung" ein langes Interview mit Michael Kühnen. Michael Kühnen ist zu dieser Zeit Häftling im Gefängnis in Celle. Die folgenden Zitate stammen aus diesem Interview.

Die Rassenfrage

„Und wenn man von Umweltzerstörung spricht, dann muß man auch früher oder später mal auf die Rassenfrage kommen...

Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren — unabhängig von der Frage des NS-Verbots, die immer nebenher weiterlaufen wird — hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: die Überfremdungsdiskussion. Das ist ein Thema, das uns keine andere Gruppe wegnehmen kann und mit dem wir auch in künftiger Zeit eine Massenbasis bekommen werden...

Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnerische Organisation zu bringen.

„Graue Wölfe"

Deutsche Sonntagszeitung: „Die deutsche Rechte hat doch sehr gute Kontakte zum Ausland. Sie haben ja auch Kontakte zu rechten Organisationen innerhalb der ausländischen Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik. Ich denke an die italienische MSI, zum Beispiel, und an die Kontakte nach Frankreich, Belgien, Großbritanniem, USA... Kühnen:... Sie können sogar auch die Grauen Wölfe mit dazurechnen."

Deutsche Sonntagszeitung: „Ja?"

Kühnen: „Sicher gibt es da Kontakte...

Wir sind daran interessiert, daß die Grauen Wölfe in der Türkei eine machtvolle Bewegung werden, möglicherweise dort mal die Macht übernehmen und entsprechend wünschen wir das auch den anderen Kameraden. Nur wünschen wir eben keine Massen von Ausländern in unserem Land.

Hitler, Goebbels und die NSDAP

Deutsche Sonntagszeitung: „Die NSDAP istimmer noch das große Vorbild..."

Kühnen: „Selbstverständlich..."

Deutsche Sonntagszeitung: „Empfinden Sie persönliche Parallelen?"

Kühnen: „Also in dem Sinne, daß ich jetzt so einfache historische Analogien herstellen würde, ich strebe also eine Position an, wie sie damals der und der gehabt hat, das würde ich ablehnen. Denn exakt in derselben Form wird Geschichte sich nicht wiederholen. Und ich würde mich höchstens lächerlich machen, wenn ich da irgendwelche Parallelen ziehen würde.

Politische Vorbilder — das ist selbstverständlich, das habe ich immer betont, daß Adolf Hitler ein politisches Vorbild ist und bleibt. Und daß er das große Genie dieses Jahrhunderts für Deutschland gewesen ist, daß wir, was an seinen Gedanken zeitlos und bleibend ist, weiter fortsetzen wollen. Dann natürlich Ernst Röhm, dieser Flügel Strasser/Röhm... Auch Goebbels gehört sicher zu den Gestalten des Dritten Reiches, die mich persönlich am tiefsten beeindruckt haben..."

Volkszählung am 23. April 1986?

Neuer Gesetzentwurf für eine Volkszählung

Das Bundeskabinett hat jetzt einen Entwurf des Innenministeriums für ein *„Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung"* verabschiedet. Dieser Gesetzentwurf wird bald dem Bundestag zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Dieses neue Gesetz war nötig geworden, nachdem die letzte versuchte Volkszählung auf massiven Widerstand in der Bevölkerung gestoßen war. Schnüffelpraktiken, mangelnder Datenschutz und eine Reihe anderer kritischer Punkte der versuchten Volkszählung des vergangenen Jahres entfachten eine breite Boykottkampagne. Die Kritik am Entwurf führte schließlich dazu, daß sich das Bundesverfassungsgericht genötigt sah, den Einsprüchen recht zu geben, die Volkszählung war für's erste gestorben. Die Bewegung gegen die Volkszählung hatte einen Erfolg errungen. Daß Bonns Innenminister Zimmermann nicht so schnell aufgeben würde, war klar. Er bastelte lange an einem neuen Entwurf, der die eklatantesten Datenschutzmängel beseitigte und von dem er selbst sagt, daß es nun *„nicht den geringsten Grund mehr"* gäbe, *„sich der Zählung zu verweigern"*. Dafür sind auch sofort Bußgelder für potentielle Verweigerer, für Volkszählungsboykotteure vorgesehen. Zimmermann rechnet offensichtlich mit weiterem Widerstand gegen die große Erhebung, denn das Gesetz sieht auch Paragraphen vor, die den Zähler berechtigen, selbst Eintragungen vorzunehmen, wenn der zu Zählende keine Auskunft gibt. (§ 10 Abs. 6 des neuen Entwurfs). Damit liegt auf der Hand, daß vor allem die Verweigerer registriert werden sollen, und der mögliche Schaden durch eine eventuelle neue Boykottkampagne begrenzt werden soll.

VOLKSZÄHLUNG
VERDATET UND VERKAUFT

Das Bundesinnenministerium hat in seinem neuen Entwurf zwar einige der dringlichsten Auflagen des BVG-Urteils erfüllt, so ist der Vergleich der Volkszählungsdaten mit den Registern der örtlichen Meldekarteien ausgeschlossen, aber schwerwiegende Bedenken bleiben weiter.

Vor allem macht die Begründung für die Volkszählung überhaupt keinen Sinn. Über die hehren Absichten der Regierung, neue aktuelle und konkrete Daten für Wohnungsbau-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik zu bekommen, um eine vernünftige Politik zu machen, kann man doch nur lachen. Mal abgesehen davon, daß in den Arbeitsämtern genug Material daliegt, daß den Herren in Bonn erklären könnte, wieviel Menschen, welchen Geschlechts, welchen Alters, welcher Vorbildung usw. heute arbeitslos sind — ist es einfach gelogen, daß Politik im Interesse der Menschen in diesem Lande deswegen nicht vernünftig gemacht werden kann, weil Daten fehlten! Das gleiche bei der Wohnungsbaupolitik. Sogar dem „Spiegel" ist folgendes aufgefallen: *„Nicht eine gründliche Volkszählung hätte die Verslumung in Berlin-Kreuzberg verhindert, sondern Politik gegen Spekulantentum und Kaputtsanierung."* Ähnlich in anderen Bereichen: der Sozial- und Rentenpolitik, der Energiepolitik, dem Verkehrswesen. Der Profit des Großkapitals bestimmt die Richtlinien der Politik, doch nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung.

Außerdem — selbst wenn man alle Mängel der Volkszählung beiseite läßt, ist das ganze Unternehmen ziemlich widersinnig, wird sogar von bürgerlichen Experten sehr kritisch betrachtet. Erste Grunddaten, wie die Einwohnerzahlen, sind frühestens zwei Jahre (!) nach der Zählung verfügbar, Ergebnisse aus Kombinationen von Fragen frühestens nach drei bis vier Jahren. Ob man überhaupt alles gebrauchen kann, was da gefragt wird, ist selbst bei den Befürwortern der Volkszählung nicht klar. Paul Würzberger vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden über den konkreten Nutzen: ***„Wir haben da gewisse Schwierigkeiten, das bis ins letzte zu begründen."***



Richtiger liegt da schon der Münchner Soziologe Erhard Treutner, der meint, daß die anfallenden Daten gar nicht zur Entscheidungsfindung bei Behörden und Politikern dienen, wie immer behauptet wird, vielmehr, so Treutner, ließen sich *„mit Verweis auf jetzt datenmäßig belegbare ‚Sachzwänge'"*, vorgefaßte Absichten leichter gegen Widerstände in der Bevölkerung durchsetzen. Man wird es nicht widerstandslos hinnehmen dürfen: **weder die Mär, von fehlenden Daten, um vernünftige Politik zu machen, noch den Versuch der Herren in Bonn, uns alle in große Karteien zu erfassen.**

Noch mehr Geld für die NATO

Bei der NATO-Tagung im Mai dieses Jahres hatte Verteidigungsminister Wörner die Forderung der USA nach einer Erhöhung der Ausgaben für die Infra-Struktur der NATO auf 27,8 Mrd. Mark empört zurückgewiesen. Zumindest erklärte er das gegenüber der Presse. Damals hieß es, daß die Bundesregierung bereit sei, 4,4 Mrd. Mark zu zahlen. Mehr nicht. Nach dem Willen der USA hätte die Bundesrepublik sich mit 7,8 Mrd. Mark beteiligen sollen.

Inzwischen ist klar, daß in diesem Fall wie in anderen Fällen auch, die Hartnäckigkeit der Bundesregierung gegenüber Washington nur von kurzer Dauer war. In der letzten Woche beschloß der Haushaltsausschuß des Bundestages, den deutschen Anteil an den Kosten für das Infra-Strukturprogramm der NATO auf 6,5 Mrd. Mark zu erhöhen. Das sind 2 Milliarden mehr. Zwei Milliarden, um die auch im Ansatz für die Militärausgaben im Haushalt 1985 noch nicht enthalten sind. Sie werden also woanders eingespart werden. Denn bekanntlich hat „unsere" Regierung ja kein Geld — es sei denn, es geht um militärische Zwecke.

Sauberes Gift

„Probieren Sie TOBJOB ... und erleben Sie eine Sauberkeit, die Sie noch nie gesehen haben ... Sie werden auf die TOBJOB-Sauberkeit nicht mehr verzichten wollen." TOBJOB ist ein Waschverstärkertuch, das die Wäsche angeblich noch strahlender, noch leuchtender, noch reiner macht. Dieses Tuch wurde z.B. in Dortmund an alle Haushalte verteilt. In den Hausfluren stank es, als ob eine Parfümbombe geplatzt wäre.



Überflüssig, aber oft gefährlich — die chemischen Reinigungsmittel

TOBJOB aber macht nicht nur sauber, es macht auch krank. Es enthält unter anderem Tenside, die Allergien, Haut- und Schleimhautreizungen hervorrufen können. In diesem Fall reagierte das Umweltbundesamt. Es warnte vor dem Gebrauch von TOBJOB, weil es gesundheits- und umweltgefährdend ist.

Aber TOBJOB ist beileibe kein Einzelfall. Praktisch alle chemischen Reinigungsmittel zeigen mindestens dieselbe Wirkung, viele sind erheblich gefährlicher. Z.B. die meisten Fußbodenreiniger.

Vor kurzem litten fast alle Schüler einer Kölner Schule an Brechreiz, Kopfschmerzen und Schwindelgefühl. Auslöser dafür war, daß der Parkettfußboden der Schule während der Ferien einer Grundreinigung unterzogen worden war. Parkettreiniger enthalten aber u.. Benzin und Trichlorethylen. Trichlorethylen ist krebserzeugend. Bei Einatmung von Benzin kann es zu Benommenheit, Kopfschmerzen und Erbrechen kommen. Gefährdet sind nicht nur diejenigen, die mit diesen Mitteln putzen, sondern, wie in diesem Fall die Kölner Schüler, auch die Menschen, die sich anschließend in diesen Räumen aufhalten. Denn diese chemischen Stoffe lagern sich auf Wänden und Möbeln ab und werden noch tagelang an die Luft in den Räumen abgegeben.

Besonders gefährlich sind die sogenannten Abflußreiniger. Sie enthalten starke Laugen, die schwerwiegende Verätzungen auslösen können. Gemischt mit anderen Reinigungsmitteln oder auch nur mit heißem Wasser bilden sich Gase, deren Einatmung lebensgefährlich sein kann. Die „Beckensteinbeseitiger" und „Duftverbesserer" enthalten oftmals auch Paradichlorbenzol. Das ist ein bei der Produktion von Monochlorbenzol entstehendes Nebenprodukt. Dieser chemische Stoff müßte als Sondermüll entsorgt werden, wenn — ja wenn er nicht als Desinfektionsmittel für „gesunde Reinheit" für die häuslichen Toiletten verwendet würde.

Obwohl die meisten Reinigungsmittel also extrem giftige Stoffe enthalten, wissen diejenigen, die sie benutzen, in aller Regel nichts davon. Haushaltsreiniger sind nicht meldepflichtig und es gibt auch kein Meldesystem. Zwar wissen in den meisten Fällen die Giftzentralen und das Umweltbundesamt Bescheid. Sie dürfen aber Anfragen über Inhalt und Zusammensetzung von Reinigungsmitteln nicht ohne weiteres öffentlich bekannt machen. Nur in Ausnahmefällen kommt es einmal zu Warnungen wie im Fall TOBJOB. Typischer ist, daß, wie jüngst geschehen, eine heftige Debatte über den krebserregenden chemischen Stoff Formaldehyd entbrennt, die Tatsache, daß es dieses Formaldehyd auch in Reinigungsmitteln gibt, aber öffentlich gar nicht zur Sprache kommt.

Denn einer Aufklärung über die Gefährlichkeit der Reinigungsmittel stehen massive Profitinteressen entgegen. 1977 wurden allein in der BRD 18 500 Tonnen Geschirrspülmittel, 77 000 Tonnen Haushaltsreiniger, 42 000 Tonnen Scheuermittel und 20 000 Tonnen Handreinigungsmittel verkauft. Das sind Milliardenumsätze für die Chemie-Konzerne, die heute auf jeden Fall noch weit höher liegen. Allein der Umsatz mit scharfen Putzmitteln stieg in den vergangenen drei Jahren um das 20fache. Ein Erfolg ausgeklügelter und extrem aggressiver Werbung. Denn der Markt für die 17 000 verschiedenen Haushaltschemikalien, die heute existieren, wurde gemacht. Wirklich notwendig sind sie in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht. Herkömmliche Mittel, die vor der Entdeckung dieser „Marktlücke" durch die Chemiekonzerne Anfang der siebziger Jahre verwandt wurden, tun es genauso gut.

Um so schlimmer, daß die Regierung nichts unternimmt, sondern stillschweigend zusieht, wie mit dem Verbrauch der scharfen Putzmittel auch die Zahl der Giftunfälle steigt (48 Prozent aller erfaßten Vergiftungsfälle ereignen sich im häuslichen Bereich) und in „klinisch sauberen" Küchen und Badezimmern der Gesundheit geschadet wird.

Chemische Wirkstoffe und ihre Folgen

Im folgenden sind einige der in gängigen Reinigungsmitteln enthaltenen chemischen Wirkstoffe sowie die möglichen gesundheitsschädlichen Folgen, die sie haben können, aufgeführt. Der Einfachheit halber sind die gesundheitsschädlichen Folgen durchnummeriert. Die Ziffern hinter den chemischen Stoffen beziehen sich darauf.

1. Allergie und/oder Haut- und Schleimhautentzündung
2. Schwäche, Müdigkeit, Kopfschmerzen
3. Gehirn- und Nervenstörungen
4. Störungen des psychischen Gleichgewichts und/oder des allgemeinen Wohlbefindens
5. Veränderungen am Erbgut
6. Entwicklungsstörungen, Mißbildungen
7. Krebs
8. Erkrankungen der Atmungsorgane
9. Nieren- und Leberschäden

Chemischer Wirkstoff	mögliche gesundheitsschädliche Wirkungen
Tenside	1
Lösungsmittel	1,2,3,9
Polyphosphate	4
Ammoniak	1,2,8,9
Formaldehyd	1,2,3,4,5,7,8
Benzin	2,3,8
Terpentinöl	1,2,9
Toluol	1,3,9
Xylol	1,2,6,8
Trichlorkohlenstoff	1,2,3,5,7,9
Tetrachlorkohlenstoff	1,2,3,4,7,9
Tetrachlorethylen	1,8,9
Natriumnitrit	2,4
Natriumhypochlorid	1,4
Natriumhydroxid	1,8

Weg mit den chemischen Kampfstoffen!

1200 Naturwissenschaftler versammelten sich am Wochenende in Mainz. Thema des internationalen Kongresses: der Kampf gegen chemische Waffen. Auch auf dem Gebiet der chemischen Massenvernichtungswaffen wollen die USA „nachrüsten". Geplant ist die Produktion sogenannter „binärer" Kampfstoffe. Dabei handelt es sich um zwei oder mehrere chemische Substanzen, die für sich allein relativ ungefährlich sind, deshalb auch problemlos transportiert werden können. Zusammengeführt bilden sie aber ein hochgiftiges und absolut tödliches Gas.

Schon heute lagern auf dem Boden der Bundesrepublik — als einzigem NATO-Land — so viele chemische Kampfstoffe der US-Armee, daß damit die gesamte Erdbevölkerung mehrfach getötet werden könnte.

Hauptstationierungsregion ist Rheinland-Pfalz. Der DGB/Rheinland-Pfalz versucht bereits seit Jahren, etwas gegen diese Giftgaslager, deren Existenz die Bundesregierung offiziell noch nicht einmal zugeben will, zu unternehmen. Unter anderem hat der Vorsitzende des DGB, Julius Lehlbach deshalb eine Verfassungsklage gegen die Bundesregierung eingereicht. Lehlbach engagiert sich außerdem für eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

Diese Aktivitäten wurden auf dem Kongreß ausdrücklich begrüßt und die Forderung an die Bundesregierung erhoben, sich für den Abzug der chemischen Waffen von deutschem Boden einzusetzen und die Lagerung weiterer chemischer Waffen hier zu verweigern.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Nicaragua-Flugblatt: mangelnde Kritik an der SPD!

Liebe RM-Redakteure!
Wir haben eine Kritik an dem RM-Artikel zu Nicaragua (RM Nr. 44 vom 2. 11. 84), der auch als Flugblatt von KPD und KJD auf der zentralen Mittelamerika-Demo in Bonn am 3. 11. verteilt wurde. Er hat u. M. nach einige politische Mängel.

Zum einen steht da sehr viel zur Geschichte des neuen Nicaragua drin, was den allermeisten RM-Leser/inn/n und auch Demo-Teilnehmer/inne/n im großen und ganzen bekannt ist. Darüber hinaus ging es auf der Bonner Demo ja vor allem um eine Solidaritätsbekundung mit dem Kampf aller Völker Mittelamerikas, außer Nicaragua also v. a. auch El Salvadors und um die Verurteilung der ganzen imperialistischen Aggressionen und Bedrohungen. Zumindest der Spenden-Aufruf zu „Waffen für El Salvador", der im RM wenigstens drin war, im Flugblatt aber fehlte, hätte neben der Darstellung der Situation in Nicaragua abgedruckt werden können!

Gravierender finden wir allerdings — sowohl im RM als auch im Flugblatt — das völlige Verschweigen des Auftritts von Willy Brandt und der doch bitter nötigen Kritik an der schändlichen Rolle, die gerade er, seine Partei und die von ihm geführte „Sozialistische Internationale" in der Entwicklung Mittelamerikas spielt. Ihr schreibt lediglich, daß „auch die frühere SPD/FDP-Regierung sich abwartend, skeptisch, nicht gerade unterstützend zu Nicaragua verhalten hat und erst kürzlich die Wahlfarce in El Salvador ziemlich positiv bewertete . . ." Das ist alles. Wir finden, das ist ein wenig zu mager. Die SPD war nicht „abwartend, skeptisch", sondern hat noch bis Ende 1978, als klar wurde, daß die FSLN in Nicaragua militärisch siegen würde, das Somoza-Regime finanziell unterstützt und diplomatische Beziehungen zu Somoza unterhalten. Zur Erinnerung: die SPD-beherrschte „Sozialistische Internationale" (SI) hatte wenige Jahre zuvor, nämlich 1974/75, in Portugal die Volksrevolution mit abgewürgt! Im lila TO zur „EG — Europa der Monopole" steht das auch drin, warum aber stand nicht ein einziges Wort über diese konterrevolutionäre Rolle der SI heute, in Mittelamerika, im RM-Artikel bzw. im zentralen Flugblatt? Willy Brandt, den die Jusos als Starredner eingeladen hatten, war ja erst vor wenigen Wochen im Auftrag eben der SI in Mittelamerika und hat dort Druck ausgeübt und von den Sandinisten politische und wirtschaftliche Zugeständnisse an den Kapitalismus verlangt, nämlich Zugeständnisse an die Contra-Parteien, den „politischen Pluralismus" und die Verewigung des „gemischten Wirtschaftssystems". Und diesen Willy Brandt hatten innerhalb des Vorbereitungsausschusses der Bonner Demo nur die Sozialdemokraten eingeladen; lediglich Sozialdemokraten, unterstützt von Linksliberalen und DKP-Revis stimmten bei der entscheidenden Abstimmung mit 12:8:3 Stimmen für Brandt — gegen alle anderen politischen Kräfte! Genau diese Frage hat neben der Entschlossenheit, gegen die Bedrohung Mittelamerikas zu demonstrieren, doch alle nicht-sozialdemokratischen Demo-Teilnehmer stark bewegt! Aber dazu stand im Flugblatt bzw. RM-Artikel kein Wort.

Auf der Demo selbst wurde dann Willy Brandt die schon seit Jahren gebührende Abfuhr erteilt. Seine gesamte Rede war von einem gellenden Pfeifkonzert, Knallern, Buhrufen und Sprechchören wie „aufhören, aufhören!" und „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" begleitet — und zwar nicht nur von einzelnen sektiererischen Gruppen bzw. einer kleinen Minderheit, sondern von bestimmt der Hälfte aller Teilnehmer. Dies zeigt u. E. die positive Entwicklung der allmählichen Loslösung von Teilen der antiimperialistischen bzw. Friedensbewegung von der politischen Bevormundung durch die SPD-Führungsspitze.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht nicht darum, den Hauptschlag in der Frage der Bedrohung Mittelamerikas in erster Linie gegen die SPD zu führen. Das wäre politisch sicherlich falsch. Die Hauptgefahr geht natürlich von den USA und den ihr hörigen Kräften bzw. den mit ihr verbündeten Kräften aus, hier in der BRD konkret von der Bundesregierung; das habt ihr in dem Artikel bzw. Flugblatt auch sehr richtig hervorgehoben. Aber: man kann den Imperialismus nicht bekämpfen, wenn man nicht gleichzeitig den Reformismus bzw. Revisionismus bekämpft. Konkret gesagt: Wir finden es politisch ziemlich fragwürdig, als Kommunistische, als revolutionäre Partei unter den Demonstranten ein Flugblatt zu verteilen, in dem inhaltlich **kein** Wort über die konterrevolutionäre Rolle der SI und die gegen erhebliche Widerstände aufgezwungene Einladung von Brandt zu verloren wird. Einmal Portugal reicht doch wohl . . .
Mit revolutionären Grüßen
D. und D. aus Oldenburg

★★★★★★★★★★

Revisionistisch

Ich halte die im Extrablatt des „Roten Morgen" vertretene Forderung „Kohl muß weg! Neuwahlen!" für revisionistisch. Was würde denn ein Rücktritt Kohls ändern? Doch gar nichts. Es käme ein anderer dran, Stoltenberg oder Albrecht — oder vielleicht hält gar Strauß seine Stunde für gekommen.

Selbst wenn die gesamte Bundesregierung zurücktreten würde — eine neue Regierung wäre genauso korrupt, nicht nur von Flick, sondern vom großen Kapital bestochen und gekauft.

Mit dieser RM-, sprich KPD-Forderung, werden die parlamentarischen Illusionen der Massen leider unterstützt und gefördert. Aufgabe der Kommunisten muß es aber sein, den in der Öffentlichkeit breit diskutierten sogenannten Spendenskandal zum Anlaß zu nehmen, um den Charakter des bürgerlichen Parlaments und seiner Parteien als Handlanger, als Interessenvertreter des Kapitals, des großen Geldes zu entlarven. Und so deutlich wie anhand der Flick-Schiebung konnte man den ganzen Staatsbetrug noch nie aufzeigen. Von meiner Partei hätte ich deshalb ein solches revolutionäres Extrablatt erwartet.

Es gab eine Zeit, da wurde in der Partei der täglich notwendige Kampf um kleine und kleinste Reformen als reformistisch diffamiert. Wir haben dagegen gekämpft und diesen linkssektiererischen Fehler überwunden. Heute scheint es mir höchste Zeit zu sein, daran zu erinnern, daß die KPD eine revolutionäre Partei sein sollte. Deren Aufgabe es ist, neben dem notwendigen Kampf um Reformen, der Verbesserung ihrer Einheitsfrontpolitik, den sozialistischen Ausweg zu propagieren, wozu die härteste, kompromiß- und schonungsloseste Entlarvung der kapitalistischen Unterdrükkungs- und Ausbeuterordnung gehört.

Waltraud Aust

★★★★★★★★★★

Zur Einheit der revolutionären Sozialisten — RM 44/84

Im „Roten Morgen" Nr. 44/84 vom 2. 11. 84 habt ihr auf Seite 5 den „Bericht über das Oktoberplenum des ZK der KPD" veröffentlicht. Unter dem Punkt „Zur Einheit der revolutionären Sozialisten" sind dabei Prinzipien bzw. Bedingungen benannt, auf deren Grundlage das ZK die Einigung der derzeit organisatorisch zersplitterten revolutionären Sozialisten in einer Partei für möglich hält. Ihr habt zugleich betont, daß dies nur ein vorläufiges Diskussionsergebnis ist.

Ich habe dazu einige Kritikpunkte bzw. Verbesserungsvorschläge. Ich meine, daß zu den Grundprinzipien, auf deren Grundlage eine Vereinigung erfolgen kann, noch einige weitere gehören, oder besser gesagt, daß die vom ZK formulierten Bedingungen präzisiert und ergänzt werden müßten, auch zwecks deutlicherer Unterscheidung von Revisionismus und Reformismus.

1. Zur Grundlage des revolutionären Marxismus, des wissenschaftlichen Kommunismus, gehört nicht nur die politische Orientierung auf die Arbeiterklasse und die Befürwortung der revolutionären Machteroberung durch die Arbeiterklasse, sondern auch der Macht**ausübung** und Macht**behauptung** durch die Arbeiterklasse, oder, mit Marx' und Engels' Worten, der **Diktatur des Proletariats** (egal, ob man das jetzt unbedingt so nennen muß). Diese Machtausübung ist ja nötig, um die revolutionäre Umwandlung der alten Gesellschaft in die neue, klassenlose kommunistische Gesellschaft zu gewährleisten. Auch wenn ich nicht viel davon halte, Leute mit Zitaten zu erschlagen, möchte ich doch diesbezüglich die entsprechende Äußerung von Marx zitieren, die m. E. von prinzipieller Bedeutung ist:

„Was ich neu tat, war (. . .) nachweisen, (. . .) 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet." (Brief an Weydemeyer 1852, hier zit. nach Lenin, Staat und Revolution, Peking 1971, S. 40). Und Lenin schloß die folgende politische Konsequenz an: „Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der **Diktatur des Proletariats erstreckt.** (. . .) Das muß der Prüfstein **für das wirkliche Verstehen und Anerkennen** des Marxismus sein." (ebenda, S. 41, Hervorhebung von Lenin).

Ich denke, daß dieser Gedanke, egal wie man ihn formuliert, sowohl eine Voraussetzung für die Einheit der revolutionären Sozialisten als auch für das Programm der Kommunistischen Partei sein muß. Ich gehe sogar noch weiter und meine, der Begriff selbst (Dikt. d. Prol.) sollte im Programm verwendet werden, bedarf aber nach den Erfahrungen sowohl mit der NS-Diktatur als auch mit der bürokratisch-revisionistischen Diktatur im Osten natürlich einer Erläuterung, etwa „die politische Herrschaft (Macht) der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten werktätigen Schichten".

2. Eng hiermit verknüpft ist, daß deutlicher als in der Mitteilung des ZK formuliert werden sollte, daß es notwendig ist, den Klassenkampf zu **führen**. Das ist ja nicht nur für die Vereinigung der revolutionären Sozialisten von Bedeutung, sondern auch in der alltäglichen gewerkschaftlichen und politischen Arbeit („Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf", Reform als Mittel zur „Verbesserung" des Kapitalismus oder als Erleichterung der Lage und Kampfbedingungen der Werktätigen etc.). Vorschlag: „Die Einheit (. . .) etc. (. . .) ist mit jedem möglich, der den Klassenkampf als Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung bis hin zur Aufhebung der Klassen im Kommunismus ansieht und für die bewußte Führung des wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Klassenkampfes der Arbeiterschaft gegen Bourgeoisie — und im Sozialismus gegen die ‚Muttermale der alten Gesellschaft' — eintritt."

Dazu betonte Engels (in der Vorbemerkung zu seinem „Bauernkrieg" 1874), daß der Klassenkampf „nach seinen **drei Seiten hin** — nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) — im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt" werden muß (MEW Bd. 7, S. 541, Hervorhebg. von mir — D. J.). Dies ist zugleich eine Absage an den Ökonomismus (das Nur-Gewerkschaftertum à la SPD und z. T. à la DKP, solche Gefahren gibt's auch bei uns) und reiner Theoretisiererei à la „Marxistische Gruppen" und Gruppe „NHT".

3. Mag sein, daß auch der folgende Gedanke in den vom ZK vorgestellten Formulierungen indirekt enthalten ist; ich halte es aber für nötig, ihn deutlicher herauszustellen: „(. . .) wer anerkennt, daß zur Verbreitung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterschaft und zur Führung des Klassenkampfes auf ideologischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet bis hin zur klassenlosen Gesellschaft **die politische Partei des Proletariats nötig ist.**"

Ich meine: ob diese Partei nun eine Partei von Berufsrevolutionären ist oder eine Massenpartei, ob sie z. B. Säuberungen zur ideologischen Einheit durchführt, ob im Sozialismus neben ihr mehrere Parteien bestehen oder nicht — all dies hängt von den konkreten historischen Umständen ab und muß je nach Bedingungen neu beantwortet werden, das ist keine prinzipielle Frage zur Vereinigung der revolutionären Sozialisten. Aber **daß** die politische Partei des Proletariats nötig ist, daß sie organisierend, bewußt und planmäßig einzugreifen bemüht sein muß, daß sie anstreben muß, an der Spitze der Arbeiterkämpfe zu stehen — dieser Gedanke ist m. E. von grundlegender Natur.

Ich hoffe, daß meine Formulierungen, Vorschläge und Zitate nicht als Wortklauberei und Besserwisserei mißverstanden werden, sie sind als konstruktive Verbesserungsvorschläge gedacht. Es ist nötig, auf einer **unmißverständlichen** revolutionär-marxistischen Grundlage und der Scheidelinie zum Revisionismus die Vereinigungsbemühungen mit den anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen voranzutreiben.
Rot Front!
D. J.

★★★★★★★★★★

Zu Stalin

Liebe Redakteure,
als regelmäßiger Leser des RM habe ich bemerkt, daß sich der Inhalt der Zeitung in der letzten Zeit, im Vergleich zu älteren Ausgaben, erheblich verändert hat. Wenn ich heute den RM lese, bemerke ich kaum einen Unterschied zur Metall- oder Holzarbeiterzeitung der IGM bzw. GHK. Ich vermisse besonders die marxistische Analyse der angeschnittenen Themen und den konsequenten Standpunkt von Seiten der Arbeiterklasse. Da werden Schriften des DGB abgedruckt oder ellenlang die Grünen zitiert, ohne daß man auch mit noch so viel Mühe herauslesen kann, welchen Standpunkt die KPD dazu einnimmt.

Was mich aber ganz besonders bedenklich stimmt, ist, daß ihr den Genossen Stalin so gut wie nie mehr erwähnt. Das erinnert an die KPdSU, die SED und an die „Nachkriegs-KPD". Ein älterer Genosse, der vor 36 Jahren in die KPD eingetreten ist und über eine Kampferfahrung verfügt, die wohl kaum einer von euch vorweisen kann, hat mir vor einigen Jahren mal gesagt: „Wer Stalin verleugnet oder ihn beschimpft, hat selbst Dreck am Stekken". Wenn ihr Stalin als kommunistische Zeitung nicht mehr erwähnt und seine Lehren nicht verbreitet, dann wollt ihr mit ihm nichts mehr zu tun haben, und das ist das gleiche wie eine Verleugnung. Ein anderer Genosse hat mir mal gesagt: „Mit Stalin muß man vorsichtig sein, den mag das Volk nicht". Wenn das eure Gründe sind den Genossen Stalin nicht mehr zu erwähnen, wenn ihr um euren Beliebtheitsgrad bangt oder Angst habt, daß euer ernsthaftes Bekenntnis zum Genossen Stalin den Mitgliederzuwachs der KPD bremsen würde, dann führt euch doch einmal vor Augen, daß man mit Lügen (verschweigen = lügen) keinen Kollegen gewinnen kann. Wer sich ernsthaft und ehrlich für die Politik der KPD interessiert, wird auch bereit sein, sich über kurz oder lang mit dem Werk Stalins auseinanderzusetzen. Er wird sich dabei auch nicht von der Hetze aus Ost und West beeinflussen lassen.

Der Genosse Stalin hat sein ganzes Leben und seine ganze Kraft dem Kampf gegen den Klassenfeind, den Kapitalismus, den Imperialismus und die Reaktion und ihren Agenten gewidmet. Stalin ließ sich von den Lehren von Marx, Engels und Lenin leiten, wandte diese konsequent an und entwickelte sie weiter. Er hat eine Reihe von wichtigen Thesen über den Imperialismus sowie das Wesen, die Merkmale und den Ursprung der kapitalistischen Krise ausgearbeitet. Sein besonderes Augenmerk galt der Entlarvung von revisionistischen und opportunistischen Strömungen in der KPdSU. Sein konsequenter Kampf gegen die Parteifeinde macht ihn auch heute noch zum gefürchteten Feind einiger Kreise in der ML-Bewegung.

Als Zentralorgan einer kommunistischen Partei könnt ihr den Genossen Stalin und seine Lehren nicht verschweigen, sonst werden diese selbst auf euch angewandt.
Rot Front
N. D. aus Kiel

Die sozialistische Ordnung — die demokratischste Ordnung

40 Jahre

Am 29. November begeht die Sozialistische Volksrepublik Albanien den 40. Jahrestag ihrer Befreiung. Im Kampf gegen die italienischen und deutschen faschistischen Besatzer, gegen die reaktionären Kräfte im eigenen Land siegte damals das albanische Volk unter der politischen Führung der Partei der Arbeit Albaniens.

Alle Behauptungen, die Imperialismus und Reaktion damals ausstreuten, Albanien sei als eigener Staat nicht lebensfähig, oder Albanien werde auf ewig das „Armenhaus Europas" bleiben sind heute, 40 Jahre später widerlegt und vergessen.

In der Tat hat die sozialistische Ordnung dem albanischen Volk eine Entwicklung ermöglicht, die unter keinen anderen Umständen erreichbar gewesen wäre.

Diese sozialistische Ordnung Albaniens hat in der Tat wirtschaftliche und politische Neuerungen gebracht, die es sich für Revolutionäre aller Länder zu betrachten lohnt. Diese Neuerungen lassen sich kurz zusammenfassen in Stichworten wie „besondere Formen der Kollektivierung der Landwirtschaft" oder „Gebrauchswertplanung" in der Wirtschaft mit „Arbeiterklassenkontrolle" oder „Kreditverbot in der Verfassung" im politischen Bereich.

Aus Anlaß dieses Jahrestages der SVR Albanien veröffentlichen wir ab dieser Ausgabe eine kleine Reihe von Artikeln, die sich mit eben diesen „Besonderheiten" Albaniens befassen. Am Anfang dieser Reihe steht der Abdruck eines Artikels von Liri Gjoliku (Abgeordnete der Volksversammlung der SVRA) „Die sozialistische Ordnung — die demokratischste Ordnung" — den wir in Auszügen veröffentlichen (Zwischenüberschriften und Hervorhebung von der Redaktion RM).

Kontrolle

In der Verfassung der SVRA, in den verschiedenen Gesetzbüchern und in anderen Gesetzen und Verordnungen sind der Typ und die Form unseres Staates als Staat der Diktatur des Proletariats, seine soziale und politische Basis, die ungeteilte Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Staat und in der Gesellschaft, der Marxismus-Leninismus als die herrschende Ideologie, die Rolle und der Stellenwert der Massenorganisationen sowie die Prinzipien, die der politischen und wirtschaftlichen Organisation unserer gesellschaftlichen Ordnung zugrunde liegen, klar verankert.

Zwischen den direkt vom Volk gewählten Organen und den ausführenden und Verwaltungsorganen wurden korrekte Verhältnisse eingeführt. Dieses grundsätzliche Problem hängt eng mit dem demokratischen Charakter unserer Volksmacht, als der Macht, die vom Volke ausgeht und ihm gehört, zusammen.

Das historische Verdienst unserer Partei ist, daß sie bereits während des Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampfes den marxistisch-leninistischen Weg zur gewaltsamen Zerschlagung des alten Ausbeuterapparats bis in seine Grundfeste und zur Schaffung des in Inhalt und Form neuen Staatsapparats verfolgte.

Besondere Fürsorge bringt die PAA auch für die Erhaltung des Staatsapparats gegen die Gefahr der bürgerlich-revisionistischen Entartung auf, damit unser Staatsapparat nicht durch Bürokratismus und Liberalismus im Innern zerfressen wird, damit nicht das geschieht, was in der Sowjetunion und anderen heute von den modernen Revisionisten beherrschten Ländern geschah, in denen die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur der neuen Bourgeoisie entartete, sondern stets der Apparat eines proletarischen Staats bleibe.

Besondere Bedeutung wurde der Festigung der Verbindung des Staatsapparats mit den breiten werktätigen Massen, der Gewährleistung ihrer aktiven Teilnahme an der Leitung der staatlichen Angelegenheiten und an der Kontrolle des Staatsapparats durch die Werktätigen beigemessen.

Die unmittelbare und organisierte Kontrolle der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern und der übrigen Werktätigen auf den Staatsapparat und seine Tätigkeit ist ein sehr wichtiges Mittel für die Erhaltung des proletarischen Klassencharakters des Staatsapparats und eine scharfe Waffe gegen Bürokratismus und Liberalismus, die die zwei größten Gefahren für den Staat der Diktatur des Proletariats darstellen.

In den bürgerlich-revisionistischen Ländern ist der Staatsapparat stets durch eine unüberwindliche Kluft von den Volksmassen getrennt, denn er dient nur als Mittel, sie zu unterdrükken.

Die Organisation unserer Volksmacht ist eins und ungeteilt. In der Verfassung der SVRA und in verschiedenen Gesetzesakten und Verordnungen spiegelt sich richtig die Rolle des Prinzips der Vereinigung der legislativen mit der exekutiven Gewalt wider, als eines der Hauptprinzipien der staatlichen Organisation. Das Prinzip der Gewalteneinheit verkörpert sich in der Volksversammlung, die das Recht hat, das Präsidium der Volksversammlung, den Ministerrat, das Oberste Gericht, die Generalstaatsanwaltschaft und das Generaluntersuchungsamt zu wählen und abzusetzen. Damit befinden sich die Theorie, die Praxis und der Inhalt unserer Verfassung und der anderen Gesetze und Verordnungen in offenem Gegensatz zu den bürgerlichen Theorien von der „Gewaltenteilung", wie sie in den bürgerlichen Verfassungen verankert ist, wonach die Legislative, die Exekutive und die Jurisdiktion voneinander getrennt sind.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da sich die Klassenwidersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft zuspitzen und verschärfen und die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems, einschließlich des parlamentarischen Systems, immer mehr vertieft, versuchen die bürgerlichen Ideologen zu rechtfertigen, daß es notwendig sei, die Gewalten in den exekutiven Organen, der Regierung und dem ganzen bürokratischen Apparat zu konzentrieren. Dieser Zustand zwingt viele Verfasser der bürgerlichen Staatslehre zuzugeben, daß die bürgerlichen Parlamente nichts weiter sind, als Wahlmaschinen in Händen des Kabinetts. Auch in den revisionistischen Ländern ist, unabhängig von dem, was in ihren Verfassungen steht, und von der Demagogie der revisionistischen Autoren die Konzentrierung der Macht bei den revisionistischen Regierungen die allgemeine Tendenz.

Die Volksversammlung und die Volksräte stellen die politische Grundlage unserer Staatsordnung dar. Diese Organe werden unmittelbar vom Volk durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen aufgrund eines der demokratischsten Wahlsysteme gewählt. Unsere Gesellschaftsordnung gibt den Staatsbürgern alle politischen, wirtschaftlichen und juristischen Garantien, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Unserem Wahlsystem sind Beschränkungen und Privilegien fremd, es verurteilt auch streng die geringste Behinderung bezüglich der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts, ohne Unterschied des Geschlechts, der Nationalität oder gesellschaftlicher Stellung. Das Wahlsystem bei uns garantiert den Wahlberechtigten nicht nur das Recht, die Personen, die sie in den Machtorganen, angefangen bei der Volksversammlung bis hin zu den Volksräten der Dörfer und der Wohnviertel, am besten vertreten können, vorzuschlagen und unmittelbar ihre Stimme für sie abzugeben, sondern auch das Recht, die Tätigkeit der Gewählten zu kontrollieren. Das Wahlrecht ist auch in den bürgerlichen und revisionistischen Verfassungen verankert, auch in den bürgerlichen und revisionistischen Ländern wird über Demokratie geschrieben, solange aber dort der Kapitalismus und Revisionismus herrschen, solange die politische und wirtschaftliche Macht in Händen der Ausbeuter ist, kann von Freiheit und Gerechtigkeit für die breiten Massen der Werktätigen keine Rede sein. Ein Beweis dafür ist der Wahlmechanismus in den bürgerlichen und revisionistischen Ländern, der auf der Grundlage von Beschränkungen und Ausnahmen aufgebaut ist und Differenzierungen auf Grund von Rasse, Nationalität, Alter, Geschlecht usw. vorsicht.

Die Wahlkampagne für die Wahl der Organe der Volksmacht, der Räte und Abgeordneten ist bei uns stets eine glänzende Manifestation der Einheit des Volkes um die Partei. Unser Volk war immer daran interessiert und hat sich aktiv beteiligt, in diese Organe die besten Menschen zu wählen, die würdig die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern und die anderen Werktätigen vertreten. An den Wahlen für die Volksversammlung in der 10. Legislaturperiode zum Beispiel beteiligten sich die Wahlberechtigten hunderprozentig an den Wahlen, 99,99 Prozent von ihnen stimmten für die Kandidaten der Demokratischen Front. Auch in dieser Legislaturperiode sind 76,6 Prozent der Abgeordneten ihrer Herkunft bzw. Abstammung nach Arbeiter und Genossenschaftsbauern; 30,4 Prozent sind Frauen.

Die Abgeordneten der Volksversammlung und die Mitglieder der Volksräte sind bei uns keine Berufspolitiker, sie erhalten keinerlei Entlohnung für diese Funktion. „Unser System der sozialistischen Demokratie", hat Genosse Enver Hoxha betont, „ist ganz anders als das der bürgerlichen Länder. Der Abgeordnete ist bei uns kein Berufspolitiker, der sich über die Massen stellt und außerhalb ihres Einflusses steht. Unser Vertreter in der Volksversammlung erfüllt die Funktion des Abgeordneten und arbeitet gleichzeitig unmittelbar in der Produktion, in einem Büro oder in irgendeinem anderen Bereich der gesellschaftlichen Tätigkeit. Er nimmt also nicht nur an der Ausarbeitung und Verabschiedung der Gesetze teil, sondern auch an ihrer konkreten Durchführung in der Praxis" (Enver Hoxha, Unsere Politik ist offen, eine Politik der proletarischen Prinzipien, Tirana 1974).

Bei uns sind die Rechte und Pflichten der Vertreter des Volkes sowohl im Grundgesetz unseres Staates, in der Verfassung der SVRA, als auch in anderen Gesetzesakten und Verordnungen genau festgelegt. Unsere Gesellschaftsordnung ist so aufgebaut, daß die Verbindungen zwischen dem Volk und seinen Vertretern mit dem Abschluß der Wahl und mit dem Erlangen des Mandats, das sie im Namen und im Interesse des Volkes ausüben dürfen, nicht zu Ende. Diese Verbindung geht auch nach den Wahlen weiter, denn dies hängt von dem Recht des Volkes ab, die ständige Kontrolle über die staatliche Tätigkeit der Abgeordneten der Volksversammlung und der Mitglieder der Volksräte sowie aus ihrer verfassungsmäßigen und gesetzmäßigen Pflicht, vor den Wählern Rechenschaft über die staatliche Tätigkeit der Volksversammlung und des jeweiligen Volksrates im allgemeinen und ihre persönliche Tätigkeit im besonderen abzulegen.

Wenn aber die Abgeordneten und die Mitglieder der Volksräte den Interessen des Volkes und der Partei nicht treu sind, keine regelmäßige Verbindungen und Kontakte zu den Wählern unterhalten, nicht über ihre Tätigkeit, über die Tätigkeit der Volksversammlung und der Volksräte Rechenschaft ablegen, haben die Wähler Recht, sie abzuberufen.

Das Recht der Staatsbürger, ihre Vertreter abzuberufen, ist direkter Ausdruck des Verfassungsprinzips der Souveränität des Volkes. Im Zusammenhang mit diesem so wichtigen Prinzip hat Lenin gesagt, daß „keine vertretende Institution wahrhaft demokratisch sein kann, wenn sie nicht das Recht anerkennt und umsetzt, das die Gewählten von ihren Wählern wieder abberufen werden können". Die bürgerlichen Theoretiker sowie die Verfassungen der bürgerlichen Länder wollen, da sie von dem Konzept ausgehen, daß die Abgeordneten Vertreter der ganzen Nation sind, auf keinen Fall das Recht der Wähler akzeptieren, die Abgeordneten zu kontrollieren. Sie erklären, die Wähler hätten nicht das Recht, den von ihnen gewählten Vertretern Befehle oder Aufträge zu erteilen, denn dies würde der Vorstellung widersprechen, daß der Abgeordnete die Nation im allgemeinen vertritt, und nicht eine bestimmte Wahlzone. Aus dem Inhalt dieser Verfassungen geht hervor, daß die Abgeordneten keinerlei Verbindung mit dem Volk haben, ihm fern stehen, und bloß treu den Interessen der herrschenden Klasse zu dienen, sich der Kontrolle durch die Wähler jedoch nicht zu unterziehen haben.

Auf dem 8. Parteitag der PAA wurde erneut betont, daß die Rolle der führenden Organe der Staatsmacht, insbesondere der Volksräte weiter gefestigt und erhöht werden muß, wobei jede Erscheinung von Formalismus in der Tätigkeit dieser Organe zu bekämpfen ist. Es wurde auch betont, daß man die Zuständigkeiten der jeweiligen Organe tief kennen und in dieser Hinsicht schöpferisch arbeiten muß. Wichtig ist die Rechenschaftslegung der exekutiven Organe vor den direkt vom Volk gewählten Organen sowie die möglichst gute Aktivierung der gewählten Personen nicht nur bei den Tagungen der Volksversammlung oder der Volksräte, sondern während der ganzen Zeit, ununterbrochen, sowohl durch ihre Mitwirkung an den ständigen Kommissionen der Volksversammlung und der Volksräte bei der Lösung von Problemen des Volkes, als auch bei der Behandlung von Problemen, die die Umsetzung der Gesetze und der verschiedenen Beschlüsse der Organe der Staatsmacht betreffen.

Als Organe der Staatsmacht haben die Volksräte mit den Gemeinderäten usw. der kapitalistischen Länder in keiner Hinsicht etwas Gemeinsames, die nur Organe der Staatsverwaltung sind, die sich, wie Lenin sich ausdrückte, mit dem „Verzinnen der Waschbecken" befassen, und auch nicht mit den örtlichen Vertretungen der revisionistischen Länder, die nur formalen Charakter haben.

Teilnahme

Unsere Gesellschaftsordnung ist die fortschrittlichste und demokratischste Ordnung auch vom Standpunkt des Schaffens aller Möglichkeiten zum aktiven Mitwirken der breiten werktätigen Massen am Leiten der Staatsangelegenheiten. Die sozialistische Demokratie ist die Demokratie für die werktätigen Massen, und mit der Entwicklung und Festigung der sozialistischen Ordnung entwickelt und erweitert sie sich weiter.

In dieser Entwicklungsetappe unserer gesellschaftlichen Ordnung werden neue Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der unmittelbaren proletarischen Demokratie der Massen geschaffen, sowohl in die Breite, wobei die Massen soviel wie möglich zum Regieren des Landes herangezogen werden, als auch in die Tiefe, wobei dieses Mitwirken in jedem Lebensbereich so wirksam und so qualifiziert wie möglich zu sein hat.

Die Beteiligung der werktätigen Massen an der Leitung der Staatsangelegenheiten ist gewachsen und hat sich perfektioniert, es wird so wie Lenin betont hat: „Unser Ziel ist, daß jeder Werktätige, nachdem er seine Acht-Stunden-Pflicht in der Produktion erfüllt hat, sich unentgeltlich mit Staatsangelegenheiten befaßt, damit alle allmählich das Regieren erlernen."

In unserem Land wurde bereits eine gute Erfahrung in dieser Hinsicht gewonnen. Die aktive Teilnahme der werktätigen Massen an der Ausarbeitung von Entwürfen der Wirtschaftspläne, der Gesetzentwürfe bzw. an ihrer Anwendung hat eine sehr wichtige Rolle bei der Vertiefung und Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie gespielt.

Tausende Wektätige machten Bemerkungen und Vorschläge im Zusammenhang mit dem Entwurf der Verfassung der SVRA und den verschiedenen Gesetzbüchern. Allein am Entwurf des Familienrechts beteiligten sich über 800000 Personen an Diskussionen, 35000 äußerten sehr wertvolle Ansichten und machten wichtige Vorschläge über die Ergänzung, Verdeutlichung und Verbesserung des Entwurfs dieses Gesetzbuches.

Tausende gesellschaftliche Aktivisten wirken heute in den Aktivistengruppen der Volksräte der zusammengeschlossenen Dörfer oder als Mitglieder der Gerichte der Dörfer oder Wohnviertel mit, außer dem hunderten Schöffen und Volksanwälten, die sich nach Feierabend mit der Untersuchung von Zivil- und Strafsachen, die in ihre Zuständigkeit fallen, mit der Kontrolle der genauen und gleichen Umsetzung der Gesetze, mit dem Kampf gegen fremde Erscheinungen und Gesetzesübertretungen beschäftigen.

Die Konsultationen mit den Massen, ihre breite Beteiligung an der Festlegung der Aufgaben und an der Lösung der Probleme, an der gesamten Tätigkeit der Staatsmacht zeigen die tiefsten Unterschiede zwischen einem wahrhaft proletarischen Staat und einem bürgerlichen oder revisionistischen bürokratischen Staat, wo die Massen mit der realen Macht keine Verbindung und keinen Kontakt haben.

Wie Genosse Enver Hoxha auf dem 8. Parteitag der PAA betont hat, „(...) stellt die aktive Teilnehme der Massen am Regieren des Landes, am ganzen gesellschaftlichen Leben eine unerläßliche und entscheidende Bedingung dafür dar, die Volksmacht zu bewahren und zu festigen, die sozialistische Revolution ununterbrochen voranzutreiben, und eine starke und unbezwingbare Verteidigung des Vaterlandes zu gewährleisten" (Enver Hoxha, Bericht an den 8. Parteitag der PAA, deutsche Ausg. S. 138).

Die Partei hat stets unterstrichen, daß die unmittelbare Kontrolle von unten einen der Grundaspekte der Entwicklung der sozialistischen Demokratie ausmacht. Die Kontrolle durch die Partei und den proletarischen Staat von oben und die unmittelbare Kontrolle durch die Massen von unten sind zwei unerläßliche Seiten der einheitlichen proletarischen Kontrolle, über das ganze Leben des Landes. In der Verfassung der SVRA, in den verschiedenen Gesetzbüchern sowie in anderen Gesetzesakten und Verordnungen ist das Prinzip der Umsetzung der Massenlinie in der gesamten Tätigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane als verbindliche Norm verankert.

Von entscheidender Bedeutung ist die unmittelbare Kontrolle durch die Arbeiterklasse als konkreter Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Ordnung.

Fortsetzung im nächsten RM

Als Ronald Reagan 1980 als Herausforderer des damaligen Präsidenten Carter antrat, baute er seinen Wahlkampf auf eine simple an die Wähler gerichtete Frage auf: „Geht es euch heute besser als vor vier Jahren?" Die Antwort auf diese Frage mußte für die meisten Amerikaner negativ ausfallen; und Reagan versprach umfassende Besserung: Sein Wahlkampfschlager war damals das Versprechen einer generellen Senkung der Einkommensteuern um 25 Prozent. Damit sollten nicht nur alle US-Bürger unmittelbar finanziell entlastet werden; sinkende Steuern würden — so rechnete Reagan damals vor — auch das wirtschaftliche Wachstum stimulieren und über steigendes Wachstum für einen Abbau der hohen Defizite im US-Haushalt sorgen.

„Geht es euch besser als vor vier Jahren?"

Bilanz der ersten Amtsperiode Ronald Reagans

Wie sieht aber nun Reagans eigene Bilanz aus? Hat sich in den vier Jahren seiner ersten Amtsperiode die wirtschaftliche Lage der Werktätigen verbessert? Der alte und neue Präsident vermied es im diesjährigen Wahlkampf tunlichst, auf seine Frage von 1980 zurückzukommen. Er vermied es überhaupt, die real existierenden Vereinigten Staaten von Amerika zur Kenntnis zu nehmen und schwärmte stattdessen das von ihm regierte Land als die „strahlende Stadt auf dem Hügel" an. Statt Fakten präsentierte Reagan Stimmungen — den „neuen Optimismus", den „neuen Patriotismus" usw. An die Stelle von auch nur einigermaßen klaren Programmaussagen für seine zweite Amtszeit setzte Reagan die diffuse Hoffnung auf eine bevorstehende „längere Ära des Friedens, der Prosperität, des Wachstums und des steigenden Lebensstandards für alle Amerikaner."

Hier soll nicht den komplexen Ursachen für Reagans hohen Wahlsieg nachgegangen werden. Aber *ein* nicht zu unterschätzendes Element in diesem Wahlsieg war die Tatsache, daß der „neue Optimismus" eine reale Basis in dem gegenwärtigen — und im Vergleich zu den meisten anderen imperialistischen Ländern beispiellosen — Boom der amerikanischen Wirtschaft zu haben schien: Carter mußte sich 1980 zu einem Zeitpunkt zur Wiederwahl stellen, als die bislang tiefste zyklische Krise in der amerikanischen Nachkriegswirtschaft sich voll auszuwirken begann. Reagans zweite Kampagne dagegen fiel genau mit der Aufschwung-Phase des Zyklus zusammen.

Bereits 1983 hatte es in den USA eine kräftige Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit gegeben; das Bruttosozialprodukt wuchs real um 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr an (in der BRD im gleichen Jahr nur um 1,3 Prozent). Im ersten Quartal 1984 schnellte das Wachstum sogar um 10 Prozent hoch. Die offizielle Arbeitslosenquote sank auf 7 Prozent (Sommer 1984) gegenüber 9,7 Prozent auf dem Tiefpunkt der Krise 1982. Auch der Druck auf die Löhne ließ etwas nach. 1983 konnten die amerikanischen Werktätigen zum ersten Mal seit Jahren wieder — wenn auch sehr bescheidene — Reallohnzuwächse (1 bis 2 Prozent) erzielen.

Das „Beschäftigungswunder"

Gerade der Abbau der Massenarbeitslosigkeit um einige Prozentpunkte wurde von der Reagan-Administration besonders stark herausgestellt und als „Beschäftigungswunder" der eigenen Wirtschaftspolitik gutgeschrieben. Tatsächlich hat sich bei der Beschäftigung in den USA eine andere Entwicklung vollzogen als beispielsweise in der BRD. „Während das reale Bruttosozialprodukt in den USA von 1973 bis 1983 bei einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion je Erwerbstätigen von nur knapp 0,4 Prozent jährlich immerhin um 2 Prozent wuchs, nahm es in der Bundesrepublik bei einem durchschnittlichen Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität von 2,3 Prozent um jährlich nur 1,6 Prozent zu. Diese Konstellationen implizieren, daß die Erwerbstätigkeit in den USA im Beobachtungszeitraum jahresdurchschnittlich um gut 1,6 Prozent wuchs, in der Bundesrepublik aber um rund 0,7 Prozent abnahm." (WSI-Mitteilungen 9/1984, S. 5)

Dieser Vergleich macht im Nachhinken der amerikanischen Produktivitätsentwicklung zum einen aufmerksam auf einen Faktor, der gegen ein Anhalten des Aufschwungs spricht (dazu kommen andere Faktoren wie die gigantischen Haushaltsdefizite, die anhaltend hohen Zinssätze oder die stark verschlechterte Weltmarktkonkurrenz durch den hohen Dollar-Kurs). Zum anderen wird in dem Vergleich auch deutlich, daß in den USA ein großer Nachholbedarf in der Entwicklung der Produktivität — mit all den negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung — besteht. So haben gerade in diesem Jahr Konzerne in Industrien mit hohem Beschäftigungspotential (zum Beispiel in der Auto-Industrie) im Rahmen neuer Rationalisierungsprogramme Massenentlassungen im großen Maßstab angekündigt.

Abgesehen davon, daß heute die offizielle Arbeitslosenquote mit 7 Prozent deutlich höher liegt als vor der Krise (1979 = 5,8 Prozent), muß man zur Beurteilung des vielbeschworenen „Beschäftigungswunders" auch die innere Struktur dieses angeblichen Wunders betrachten. In bezug auf die Beschäftigung haben sich während der Krise in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen nämlich höchst unterschiedliche Entwicklungen vollzogen. Im Vergleich zu 1979 hatte die Zahl der Beschäftigten im Bereich Handel, Verkehr und Dienstleistungen 1983 zwar um 6,1 Prozent zugenommen, im Bereich des produzierenden Gewerbes dagegen war sie um 10,6 Prozent gefallen. Obwohl das Volumen der Industrieproduktion zu Beginn dieses Jahres um etwa 4 Prozent über dem Vorkrisenniveau lag, war nur etwa die Hälfte der während der Krise entlassenen Industriearbeiter wieder eingestellt worden.

Hinter diesem Abbau hinkte die Schaffung neuer industrieller Arbeitsplätze (vor allem im Bereich neuer Technologien) weit zurück. Zudem liegen die Durchschnittslöhne für Industriearbeiter beispielsweise im Silicon-Valley, einem Zentrum der Computerproduktion, nur bei 70 Prozent der in der Auto-Industrie gezahlten Löhne. Die große Masse der neuen Arbeitsplätze wurde im Dienstleistungsggewerbe geschaffen. Hier ist aber die Lohndifferenz noch gravierender. Die entlassenen Industriearbeiter, die im Zuge des „Beschäftigungswunders" in diesem Bereich einen neuen Job ergattern konnten, mußten sich im Durchschnitt mit der Hälfte ihres bisherigen Lohns zufriedengeben.

Löhne unter dem Niveau von 1960

Bei den Einkommen der Werktätigen insgesamt hat es, wie oben dargestellt, mit dem beginnenden Aufschwung eine leichte Verbesserung gegeben. Das kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der wöchentliche Reallohn im Vergeich zu 1978 um 12 Prozent gefallen ist und somit auch heute noch unter dem Niveau von 1960 (!) liegt. Zudem geht in einigen Bereichen, vor allem in den Krisenbranchen, der Reallohnabbau in einem kaum vorstellbaren Tempo weiter. So hat beispielsweise die Stahlarbeitergewerkschaft im letzten Jahr einen Tarifvertrag unterzeichnet, der innerhalb von drei Jahren eine reale Lohnsenkung von über 30 Prozent vorsieht.

Das reiche Amerika: Reagan feiert Geburtstag ...



... und das arme Amerika, ein arbeitsloser Stahlarbeiter zeigt den Bestand seines Vorratsschrankes

Zu der beträchtlichen Minderung des Einkommens der Werktätigen hat gerade Reagans Wahlschlager von 1980, die große Steuersenkung, nicht unerheblich beigetragen. Bedingt durch eine gleichzeitige Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und eine Begrenzung der Steuerprogression fast ausschließlich bei den hohen Einkommen, hatte diese Maßnahme folgendes Ergebnis: Wer unter 10000 Dollar im Jahr verdiente (und das war immerhin ein Drittel aller Steuerzahler) mußte nun 125 Dollar *mehr* an den Staat abführen; wer zur Spitzengruppe mit einem Einkommen von 200000 Dollar und mehr zählte (0,2 Prozent der Steuerzahler) sparte dagegen fast 2000 Dollar ein. Oder anders ausgedrückt: Für die erstgenannte Einkommensgruppe veränderte sich mit Reagans großer Steuerreform der Steuersatz um + 27,7 Prozent, für die Spitzengruppe hingegen sank der Satz um 15,1 Prozent. Und das war beileibe nicht das einzige Geschenk der Reagan-Administration für die Reichen und die Superreichen. Hinzu kamen die Senkung des Spitzensteuersatzes auf Vermögensrenditen von 70 auf 50 Prozent und weitere Steuersenkungen — ganz zu schweigen von den drastischen steuerlichen Entlastungen für die Unternehmen. Auf der anderen Seite wurden in der Halbzeit der ersten Amtsperiode Reagans — als das Loch in der Staatskasse immer größer wurde — die Verbrauchssteuern kräftig erhöht, was wiederum die Bezieher niedriger Einkommen am stärksten belastete.

Eine solche Politik entsprach durchaus der Reaganschen Philosophie, nach der die Reichen mehr leisten werden, wenn sie mehr bekommen und die Armen mehr leisten werden, wenn sie weniger bekommen. Auch die Arbeitslosigkeit rührt ja nach Ansicht Reagans und seiner Hausphilosophen vor allem daher, daß die Werktätigen — und insbesondere die schon aus dem Arbeitsprozeß Ausgegliederten — noch über zu hohe Einkommen verfügen und somit naturgemäß zur Faulheit neigen würden.

So wie sich Reagans erstes Wahlversprechen von 1980, die Steuersenkung, als gigantische Umverteilungsaktion zugunsten der Reichen herausgestellt hat, so hat sich auch sein anderes Versprechen, die Begrenzung der Staatsschulden, als gewaltiger Flop erwiesen. Betrug das Haushaltsdefizit im Carter-Jahr 1979 „nur" 28 Milliarden Dollar, war es im dritten Reagan-Jahr 1983 fast auf 200 Milliarden explodiert. Damit hat die kumulative Staatsverschuldung bis jetzt die kaum vorstellbare Höhe von 1606 Milliarden Dollar erreicht; das entspricht etwa der Hälfte des gesamten für dieses Jahr veranschlagten Bruttosozialprodukts. Allein in diesem Jahr werden 144,5 Milliarden Dollar an Zinszahlungen aus der amerikanischen Staatskasse an die Großbanken und sonstigen Kreditgeber abfließen.

Neben den erwähnten Steuergeschenken, dem sprunghaft angestiegenen Schuldendienst und der Finanzierung von Krisenfolgen sind vor allem die riesigen Rüstungsausgaben für das wachsende Loch in der Staatskasse verantwortlich. Bereits 1980 lagen sie bei 134 Milliarden Dollar; für dieses Jahr sind 237,5 Milliarden veranschlagt. Und dieses Wachstumstempo soll in den kommenden Jahren beibehalten werden. Damit würden — nach den im Haushaltsentwurf 1984 angestellten Planungen — die Rüstungsausgaben ihrem Anteil am US-Haushalt von 23,6 Prozent (1980 auf 33,5 Prozent (1988) steigern.

Krieg gegen die Armen

Die Kehrseite dieser Umschichtungen im Haushalt sind die ständigen Kürzungen im zivilen Bereich. Und betroffen davon sind in allererster Linie die Sozialausgaben, von der Kürzung der Sozialhilfe bis zur Streichung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Diese Sparprogramme sind zudem nicht auf die Ausgaben des Bundes beschränkt. Im Zeichen des sogenannten „neuen Föderalismus" werden immer mehr Aufgaben des Bundes auf die einzelnen Bundesstaaten abgewälzt, ohne diesen entsprechend höhere Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Als Folge davon setzt sich über Kürzungen im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich usw. der Sozialabbau auf der Ebene der Bundesstaaten fort.

Das Ergebnis dieser Reaganschen Politik ist das stetige Anwachsen des Armutspotentials. Wurden 1980 29,3 Millionen US-Bürger als Arme offiziell registriert, war deren Zahl im vergangenen Jahr bereits auf 35,5 Millionen gestiegen. (Als arm gilt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen von weniger als 10178 Dollar im Jahr.) Die Hauptursache der Armut ist langjährige Arbeitslosigkeit. Je nach Bundesstaat werden die Arbeitslosen nach einer Frist von einem halben bis zu anderthalb Jahren ausgesteuert und der Sozialfürsorge überlassen (sie verschwinden nach dieser Frist übrigens auch vollständig aus den offiziellen Arbeitslosenstatistiken). Besonders stark betroffen sind hier die nationalen Minderheiten. So beträgt etwa der Anteil der Schwarzen an den ausgesteuerten Arbeitslosen 31 Prozent bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von nur 12 Prozent.

Aber nicht nur die Zahl der Armen hat sich erhöht, auch die Qualität der Armut in den USA hat sich verändert. Durch die Kürzungen der Sozialleistungen und die Verschärfung der Berechtigungskriterien ist die Verelendung rapide vorangeschritten. So haben etwa drei Millionen Arme — darunter die Hälfte Schwarze — ihre Lebensmittelgutscheine verloren; durch die Streichung der Subventionen für die Schulspeisung ist unzähligen Kindern die einzige vollwertige Mahlzeit am Tag genommen worden. Unter diesen Bedingungen erscheint es nicht als übertrieben, daß die katholischen Bischöfe der USA in einem letztes Jahr veröffentlichten Bericht die ländlichen — und zum großen Teil von nationalen Minderheiten bewohnten — Gebiete des Südens mit der Dritten Welt verglichen.

So ist aus dem „Krieg gegen die Armut", den in den sechziger Jahren die Präsidenten Kennedy und Johnson mit umfangreichen Sozialprogrammen führen wollten, unter der Präsidentschaft von Reagan vollends ein Krieg gegen die Armen geworden. Selbst abgebrühte Beobachter sind erschreckt darüber, mit welcher Konsequenz und auch mit welchem offenen Zynismus dieser Krieg geführt wird. So sind etwa mehrere Städte dazu übergegangen, das Durchwühlen von Mülltonnen nach Essensresten unter Strafe zu stellen. Gleichzeitig erklärte Dr. Graham, ein Mitglied der im letzten Jahr von Reagan eingesetzten „Hungerkommission" gegenüber der „New York Times", das größte Problem der Armen sei nicht der Hunger, sondern die Fettleibigkeit. Damit dürfte Graham durchaus auf einer Welle mit seinem Präsidenten liegen, der schon vor Jahren erkannt hatte: „Uns ist gesagt worden, daß siebzehn Millionen Menschen jede Nacht hungrig zu Bett gehen. Das ist wahrscheinlich richtig. Sie waren alle unter Diät."

Ein Kurswechsel ist nach Reagans triumphaler Wiederwahl natürlich nicht zu erwarten. Wie es weitergeht, läßt der Entwurf für den Haushalt 1985 erahnen, der für die nächsten Jahre weitere Kürzungen im sozialen Bereich (unter anderem im Bildungssektor, im Gesundheitswesen, bei der Sozialversicherung, der Lebensmittelhilfe und im sozialen Wohnungsbau) von 62 Milliarden Dollar vorsieht. Die Rüstungsausgaben dagegen sollen nach diesem Entwurf allein im nächsten Jahr um zusätzliche 35 Milliarden Dollar anwachsen.

Über acht Monate Streik

Die Streikfront soll „aufgekauft" werden

Im achten Streikmonat stehen die britischen Bergarbeiter unter großem Druck. Die groß versprochene Solidarität der Labour-Party und des Gewerkschaftsdachverbandes TUC hat sich nicht eingestellt, im Gegenteil beide wichtigen politischen Kräfte kritisieren die Streikenden immer mehr. Und die nationale britische Kohlebehörde NCB bietet große Geldsummen für Kumpel, die den Kampf aufgeben.

Nach dem die Steigergewerkschaft ihre zunächst erklärte Bereitschaft, in den Kampf um die Arbeitsplätze im britischen Kohlebergbau einzusteigen, wieder zurückzog, und sich mit der Kohlebehörde arrangierte, stehen die Kumpel allein da. Die auf dem letzten Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC erklärte Solidarität mit den Bergarbeitern war auch nur Papier. Mittlerweile hört man andere Töne. Der Präsident des Gewerkschaftskongresses TUC Norman Willis hat auf einer Streikversammlung in der vergangenen Woche nichts anderes zu erklären gehabt, als daß Gewalt im Arbeitskampf Unrecht sei, daß die TUC sich mit diesem Arbeitskampf nicht solidarisieren könne. Verbittert waren die Bergarbeiter, die als Antwort auf die Rede Willis' einen Galgenstrick vom Hallendach über den Kopf des Redners baumeln ließen.

Der geschickteste Schachzug in der Offensive der Regierung, der Kohlebehörde und natürlich der Medien, die die Kumpel laufend verteufeln, ist das Versprechen, jedem der bis Ende November die Arbeit wieder aufnimmt, eine Weihnachtszulage von 1400 Pfund, das sind ungefähr 5230,— DM zu zahlen. Bei der großen Not, die in den Streikrevieren herrscht, nach über acht Monaten Streik, hat ein solches Angebot natürlich Wirkung. Die Zahlen, die über Kumpel berichtet werden, die deswegen jetzt wieder zur Arbeit gehen, widersprechen sich. Unbestritten ist aber der Kampfeswille, die Wut und die Militanz des harten Kerns der Kumpel, vor allem in Yorkshire. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Streikbrecher in die Betriebe schleust, haben bisher ungekannte Formen angenommen. Brügerkriegsähnliche Zustände herrschen da, wo der Staat, die Polizei den gerechten Kampf der Kumpel mit Gewalt unterlaufen, kaputtmachen will. Diese Demonstration der Stärke, die die Regierung veranstaltet, werden ebenso hart beantwortet. In der vergangenen Woche brannten Autos auf den Straßen, Molotow-Coctails flogen — die Kumpel geben nicht auf.

Massenverhaftungen, Großrazzien

Der Widerstand in Chile geht weiter

Bilder aus Chile erinnern in diesen Tagen an die Zeiten nach dem Putsch, an den Herbst 1973. Große Militär- und Polizeieinheiten durchkämmen ganze Stadtviertel, zu hunderten und tausenden werden Menschen in Stadien zusammengepfercht, viele verschwinden, werden deportiert.

Am vergangenen Donnerstag wurde das Viertel La Victoria in Santiago de Chile, ein Arbeiterviertel, das als Zentrum des Widerstands gegen Pinochet gilt, durchgekämmt. 70000 Überprüfungen führten Polizei und Militär durch. Eine bisher noch unbekannte Zahl von Menschen wurde in Stadien gebracht, nur wenige in der Zwischenzeit wieder entlassen.

Nach den landesweit breit unterstützten Protestaktionen vom 29. und 30. Oktober, bei dem erstmals bei einem nationalen Protesttag auch die Generalstreiklosung ausgegeben wurde, verhängte General Pinochet den Belagerungszustand über Chile. Neun Menschen waren bei den Protestaktionen von Polizei oder Militär ermordet worden, Dutzende verletzt, Hunderte verhaftet. Mit den sich anschließenden Menschenjagden, den Razzien unter den Bedingungen des Belagerungszustandes wollte Pinochet die Opposition in die Knie zwingen. Die Nachrichten aus Chile belegen, daß das nicht gelungen ist.

Die Opposition hat trotz des Terrors der Junta für Ende November zu einem neuen Protesttag aufgerufen. In der vergangenen Woche erging vom „Nationalen Protestkommando (CNP)", dem zahlreiche politische und gewerkschaftliche Organisationen angehören, ein Aufruf zur Aktion am 27. und 28. November. Versammlungen in Betrieben, Schulen und Universitäten werden vorbereitet,



Chile 1984:

Kochtopf- und Hupkonzerte sind als Widerstandsformen angesagt worden, überall sollen Kerzen für die Opfe der vorhergehenden Protesttage aufgestellt werden.

Zum „Nationalen Protestkommando" haben sich neben der Demokratischen Allianz aus gemäßigt rechten und Zentrumsparteien das Nationale Arbeiterkommando CNT (Zentrums- und Linksgewerkschaften) sowie die Demokratische Volksbewegung (bestehend aus den verbotenen kommunistischen Parteien und Gruppen und der Bewegung der Revolutionären Linken, MIR) und der Sozialistische Block (Sozialistische und links-christliche Organisationen und Parteien) zusammengeschlossen.

Der zwölfte Nationale Protesttag — seit Mai 1983 sind diese „Protestas" Kampftage gegen das Regime — soll die Antwort des Volkes sein auf die Repression durch die Regierung, die Hausdurchsuchungen in den Armenvierteln, auf die Verbannungen sowie die Unfähigkeit des Regimes, die in Chile herrschenden Probleme zu lösen.

Informationen über Südafrika

Azanische Frauen in der BRD

Seit Monaten gerät das Rassisten-Regime von Südafrika mehr und mehr unter Druck. Die zunehmenden Kämpfe der schwarzen Bevölkerung Azanias lassen hier oft nur dann aufhorchen, wenn es bei militanten Aktionen Tote oder Massenverhaftungen gegeben hat. Eine gute Möglichkeit, sich genauer über den schon lang andauernden, täglichen Widerstand im Süden Afrikas zu informieren, bietet die Rundreise einer Vertreterin der Organisation „Black Women Unite" (Schwarze Frauen, vereinigt euch).

Die „Azania-Koordination", ein Zusammenschluß verschiedener Solidaritätsgruppen für das südliche Afrika, lädt dazu ein. Nach Erscheinen dieser Ausgabe des RM finden noch Veranstaltungen in folgenden Orten statt:
Freitag, 23.11. **Westberlin**,
Montag, 26.11., **Münster**,
Dienstag 27.11. **Lüneburg**,
Mittwoch 28.11. **Oldenburg**,
Donnerstag 29.11. **Bremen**,
Freitag 30.11. **Schleswig**,
Samstag 1.12. **Elmshorn**,
Montag, 3.12. **Hamburg**,
Dienstag 4.12. **Göttingen**,
Mittwoch 5.12. **Aachen**,
Dienstag 11.12. **Dortmund**.

Die „Politischen Berichte", die Zeitschrift des BWK, berichteten über die Ausführungen der Präsidentin der Black Woman United, M. Molife, bei einer ersten Veranstaltung in Ravensburg. Wir zitieren im folgenden die Darstellung der „Politischen Berichte" über den Vortrag:

Frauen werden per Gesetz als Minderjährige eingestuft, werden im Erziehungssystem benachteiligt und als Arbeiterinnen für die gleiche Arbeit niedriger bezahlt als die Männer. Die Hauptaufgabe ihrer Organisation sieht sie in der Ausbildung der Frauen, um sie zu gemeinsamem Handeln zu befähigen und sich an der Befreiung der Nation zu beteiligen.

Sie führen Selbsthilfeprojekte durch, wie eine Alphabetisierungskampagne für Jugendliche. Sie unterstützen Rentner, die nur alle zwei Monate Rente bekommen, sowie die Familien von Verhafteten, Verfolgten und Flüchtlingen. Sie führen Gesundheitsdienste mit Ärzten auf freiwilliger Basis ein. (...)

Zwei Kampagnen betreibt die „Black Women Unite" momentan besonders: Die Anti-Depprovera-Kampagne, die sich gegen eine Anti-Baby-Pille, die in den USA entwickelt, dort verboten wurde und nun in die Dritte Welt exportiert wird, richtet. Diese Pille kann zu Unfruchtbarkeit führen, ist krebserregend, zieht Bluthochdruck und sonstige gesundheitliche Schäden nach sich. Das Medikament wird umsonst als Pille oder Injektion verabreicht, oftmals ohne das die Frauen darüber Bescheid wissen. Die Anti-Asbest-Kampagne richtet sich gegen das krebserregende Asbest, dem viele Schwarze ständig ausgesetzt sind — bei ihrer Arbeit in den Bergwerken als auch in ihren Häusern.

Zum Abschluß ihres Vortrages forderte M. Molife u. a.: Unterstützt alle wirklichen Befreiungsbewegungen! Rückzug aller wirtschaftlichen Investitionen aus Südafrika! Handelsboykott mit Südafrika! Das Geld wird im wesentlichen für Waffen zur Niederhaltung des azanischen Volkes benutzt. Überlaßt es den unterdrückten Massen, selbst ihr Schicksal zu entscheiden. Kämpft mit uns ohne bevormundende Führungsansprüche!

Interview mit einem Sprecher der MAP-ML in Managua

„Wir freuen uns über das Wahlergebnis"

Am Freitag, den 17. 11. führte die Redaktion des „Roten Morgen" ein Telefoninterview mit der marxistisch-leninistischen Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) in Nicaragua. Ein Sprecher der Parteizentrale in Managua berichtete über die Einschätzung des Wahlergebnisses, wie sie auf einer ZK-Sitzung nach den Wahlen vom 4. November getroffen wurde: *„Wir freuen uns über das Wahlergebnis. Die rund 12000 Stimmen, oder gut ein Prozent, werten wir als einen Erfolg. Die Hälfte der Sitmmen haben wir aus den Kriegsgebieten („en la zona de guerra") bekommen, genau dort hatten wir auch einen Schwerpunkt unserer Wahlkampagne gesetzt."* Zur Information. Von den ungefähr 3,8 Prozent Wählerstimmen, die auf Parteien noch links von der Frente Sandinista (FSLN) entfielen, bekam die MAP-ML ein knappes Drittel. Aus Managua erfuhren wir weiter, daß die MAP-ML im neuen Parlament mit zwei Abgeordneten vertreten sein wird. Es werden dies der auch von der Frente Sandinista unbestritten als Arbeiterführer ankerkannte Isidro Tellez sein



Isidor Tellez

und Carlos Cuadra, der als Chefredakteur der Zeitung „Prensa Proletaria" arbeitet.

Mit Genossen Cuarda führte der RM im Frühjahr in Managua ein längeres Gespräch, abgedruckt im RM Nr. 15/84 unter der Überschrift *„Die Haltung der Linken zu den kommenden Wahlen in Nicaragua"* und im RM 17/84: *„Über die Differenzen der Marxisten-Leninisten mit der Frente Sandinista de Liberacion National (FSLN)."*

Unser Gesprächspartner in Managua wies am Freitag darauf hin, daß die MAP-ML höchstens mit der Erringung eines Parlamentssitzes gerechnet hat und daß ein weiterer Erfolg der Wahlkampagne die Gründung verschiedenster neuer Parteiorganisationen sei, denn man habe d'a Wahlzeit auch zur *„nationalen Rekonstruktion der Organisation"* benutzt, nachdem die Partei einige Zeit nicht mehr in allen Regionen Nicaraguas vertreten war. Nicht zuletzt ist das Wahlergebnis so positiv zu bewerten, weil die MAP-ML erst im Sommer durch die Wiederaufnahme in den Nationalrat ihre völlige Anerkennung als politische Partei wiedererkämpft habe und aus der Halblegalität herauskam, sagte der Genosse in Managua und betonte, daß alle anderen Parteien eine wesentlich längere Vorbereitungszeit auf den Wahlkampf hatten.

Unsere nächste Frage stellten wir zur aktuellen Situation Nicaraguas, das unter mächtigem Druck der US-Imperialisten steht. *„Wir rechnen mit einer Intervention von seiten des US-Imperialismus, die Gefahr ist reel"*, sagte uns der Genosse der MAP-ML, *„aber es gibt verschiedene Möglichkeiten, Formen der Aggression. Wir unterstützen mit allen Mitteln die Kampagne zur Verteidigung Nicaraguas. Wir rufen auf, die Milizen zu stärken, in die Kriegsgebiete zu gehen."* Der Genosse wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die MAP-ML in dieser Frage ein recht hohes Ansehen geniest, führte sie doch schon unter Somozas Zeiten in tiefster Illegalität eigene bewaffnete Einheiten, die *Milicias Populares Anti-Somocistas* (Antisomozistische Volksmilizen, MILPAS), die der Diktatur schwere Schläge versetzten und deren Kampf noch sehr bekannt ist. Diese Autorität setzt die MAP-ML heute ein, um die militärische Front gegen den US-Imperialismus und seine Handlanger zu unterstützen.

Als wir gegen Ende des Gespräches über die Solidaritätsaktionen in der Bundesrepublik berichteten, z. B. von der großen Demonstration der 30000 in Bonn, bat uns der Srpecher, der MAP-ML doch mehr direkt an sie zu berichten, weil Informationen über die internationale Solidarität für Nicaragua sehr wichtig seien. Diese Anregung nahmen wir nicht nur für uns als Redaktion entgegen, sondern bitten alle Genossen und Leser des „Roten Morgen" doch Berichte, Fotos, Grußadressen an die Genossen in Managua zu senden. **Jede noch so kleine** Aktion, Veranstaltung oder Demonstration sollte ein paar Zeilen, ein Foto wert sein, das man an folgende Adresse schicken kann:

MAP-ML
Moviemento de Accion
Popular / Marxista-Leninista
Del Cine Aguerri 1 Quadro
abajo / 2 1/2 cuadras al lago
Casa No. 620
Managua
Nicaragua libre

SPENDENAUFRUF

CERO VOTOS PARA LA BURGUESIA
BALAS PARA EL IMPERIALISMO!

(Keine Stimme für die Bourgeoisie, Kugeln für den Imperialismus!)

... mit dieser Parole beteiligt sich die MAP-ML am Wahlkampf und an den am 4. November stattfindenden Wahlen in Nicaragua.

Ihr Eingreifen ist Teil des Kampfes gegen die Offensive der nationalen Reaktion und des Imperialismus und seiner Söldnerbanden. Es ist Teil des tagtäglichen, praktischen und politisch-ideologischen Kampfes.

Die revolutionäre Presse, die Plakate, Flugblätter, die Veröffentlichung des Wahl- und Aktionsprogramms sind neben den Kundgebungen, Versammlungen, den Radio- und Fernsehsendungen, die wichtigsten Formen der MAP-ML, um ihre Positionen und Forderungen bekannter zu machen.

Trotz der staatlichen Wahlkampffinanzierung wird die revolutionäre Propaganda erschwert: es fehlt an Ersatzteilen für die Druckmaschinen (das Durchbrennen einer kleinen Birne kann dazu führen, daß bestimmte Druckarbeiten überhaupt nicht mehr gemacht werden können). Die Zuteilung von Druckmaterialien ist rationiert, es fehlt an Fotomaterial, Druckfarben, Druckplatten usw. Die Druckmaschinen der Genossen sind veraltet, störanfällig, langsam.

Als Ausdruck unserer praktischen Solidarität mit dem Kampf der nicaraguanischen Genossen der MAP-ML haben wir eine Spendenkampagne beschlossen:

5000 MARK FÜR DIE REVOLUTIONÄRE PRESSE UND PROPAGANDA DER MAP-ML.

In Absprache mit den nicaraguanischen Genossen werden wir von dem gespendeten Geld hier die benötigten Materialien besorgen und für ihre sofortige Weiterleitung nach Nicaragua sorgen.

Spenden auf das PschA 13456-464, KJD, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30, Stichwort „revolutionäre Presse"

Bundeshaushalt

Elke Heidenreich, als alles kommentierende Metzgersgattin Else Stratmann bekannt, hat viele ihrer Beiträge jetzt als Taschenbuch herausgegeben. Unter dem Titel: Darf's ein bißchen mehr sein. Else Stratmann wiegt ab. ist es ab Anfang Dezember als rororo-Taschenbuch für 4,80 Mark im Handel. Wir veröffentlichen eine der Erzählungen der Metzgersgattin aus dem Kohlenpott:

Über nix kannich mich so aufregen wie dadrüber, dattet inne Kasse von unsern Bundeshaushalt nie ma stimmt, Sie. Die ham statt doch nu alle studiert, datt sind Minister, kriegen wer weiß wieviel Geld dafür un komm vorne un hinten nich hin mittet Geld, rubbeldikatz, isset weck, kaum dattse ma mitten Regieren angefangen ham. Die schmeißen mitte Million rum als tätense Quatett spielen, gibse mir noch drei Milliaden fürde Rüstung, dann krisse von mir noch zwei Mauk fuffzich führt Soziale, könnwer Kultur ablegen.Un am Ende stehnse da unnet reicht nirgends, ja ham die Brüder denn kein Haushaltsbuch, wose ma orntlich reinschreim „Einnahm-Ausgaben?" Wenn ich in mein Haushalt seh, dattich mitte Kröten nich hinkomm, nä, ja, dann kann ich ehmt nich — watt weiss ich — noch sippzich Panzer kaufen, dann mussich mich ehmt ma nache Decke strecken, wo sind wer denn, nä. Nein, immer ausse Vollen, un anne Rentner wirdet dann widder reingespoat — könnse mir ma sagen, wodatt ganze Geld bleibt?

Die Marianne Weizsäcker gezz, die is doch ganz vernümftich scheinz, soll die de Männer domma auffe Finger kucken, unte Hannelore Kohl sieht eintlich auch aus als wüsstese, watten Haushalt ist — die Loki Schmidt hat ja mehr so nache Flanzenwelt gekuckt, nä, datt Wiesenschaumkraut irgendwie so geschützt — gut, is auch wichtich, aber die Kasse muss doch stimmen, verdorri! Die Hannelore Kohl, die is doch reselut, soll die domma in Bonn auffem Tisch hauen und sagen so, Schluss gezz mitte teure Fresserei ers ma immer, watt muss datt Wachtelbrüstkes mit Schampagnerschaum gehm, wenn son Scheich auf Besuch kommt, datt gibt en schönen Fannekuchen mit Feldsalat und fertich. Der Wüstenkönich kommtonnich wegen Essen, der kommtoch wegen Öl, nä, un immer alles voll Blumenschmuck, datt kostoch auch — weck damit, der willen Vertrach sehen über ne neue Pipeline un nich ne Gaatenschau.

Un dann, muss da jeder inne Regierung son dicken Schlitten fahn wie Graf Koks? Der kleine Mann soll sparn unte gondeln mitte Limusinen durche Gegend, alle mit Schofför, dabei ham se alle Führerscheine un freie Foaht auffe Bundesbahn, un dann Schofför — ja wo sind wer denn, ich denk, de SPD is ne Aabeiterpatei, also, bitte, nä. In Bundeskanzleramt sollet an die 400 Diener gehm — können Sie mir ma sagen, wo die 400 Diener für brauchen? Gut, rechnen wer datt domma fix durch: Lasse zwei bis drei Putzfrauen ham, nä, meinzwegen auch zwei Gärtner für im Paak, obwohl, de Minister sind soweso alle zu dick, bissken Gaatenaabeit inne Mittachspause tätse ma ganz gut, aber sind ja alle faul, die Brüder, also: Gärtner, meinzwegen. Schon auch für wennse alle auf Dienstreise sind, untie reisen ja ma gern — auch son Kapittel, der ihre Reisen dauernd, für watt gibtatt eintlich Tellefon inne ganze Welt? Könne die nich ahms ma nach den Reagan oder de Russen hintellefonieren, wennet billiger ist? Nein, müssense einer nachen andern hinfliegen, möglichst noch mitte Gattin dabei, un wer zahltat alle? Wir. Ja, wo warich —? Gärtner. Gut. Dann lasse ma zwei Mann inne Küche ham, zwei als Diener wennse essen mitte ausländischen Gäste, ne gescheite Wirtschafterin aunnoch, die ma auffn Fennich kuckt und ehmt kein Schnittlauch am Rührei tut, wennt zu teuer is oder selbs in ein klein Blumenpöttchen watt zieht, wie wir datt ja auch alle machen, dann lasse noch zwei, drei Zimmermädchen ham fürde Betten zum machen un ma nache Blumen kucken, geben wer nochen Hausmeister drauf, der nache Heizung kuckt und datt Laub fecht, ja, aber datt reichtoch, datt sind — so überm Daumen gezz — sintatt dreizehn, vierzehn Angestellte, tun wer noch ne Sekretärin drauf unnen Frollein fürm Tellefon, dann muss aber zugedreht sein, könn Sie mir gezz man sagen, wo da 400 herkomm? Watt machen die alle?

Näna, der ihren Haushalt, den hättich schnell saniert, glaumse datt? Eine einzige richtige deutsche Hausfrau inne Regierung, unser Bundeshaushalt anders aussehen, datt glaumse aber!



Flick-Stiftung lindert Politikernot

Na endlich, die Rettung für unsere armen Politiker: Die Friedrich-Karl-Flick-Stiftung ist gegründet, wie wir einem Artikel von Peter Miska in der Frankfurter Rundschau entnehmen konnten:

Die Friedrich-Karl-Flick-Stiftung hat ihren Wirkungskreis erweitert: Sie gründete die Abgeordneten-Wohlfahrt e. V. zweck dieses neuen Hilfswerks ist es, Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die am Existenzminimum (von 10000 DM monatlich) dahinbarzeln und zum Sozialfall werden, wieder auf die Beine zu helfen.

Das aber soll mit äußerstem Feingefühl geschehen: Nie soll bei den Politikern auch nur im Entferntesten der Verdacht aufkommen, sie seien Wohlfahrtsempfänger. Um das zu garantieren, wurde ein ganzes Netz von Scheinfirmen aufgebaut, bei denen die Abgeordneten eine Tätigkeit ausüben, die keinesfalls in Arbeit ausarten darf.

Das Honorar, das sie dafür bekommen, muß über der Almosen-Grenze liegen, also mindestens eine Million Mark im Jahr betragen. Die Verträge laufen über 25 Jahre; die Volksvertreter können aber auch lebenslänglich bekommen.

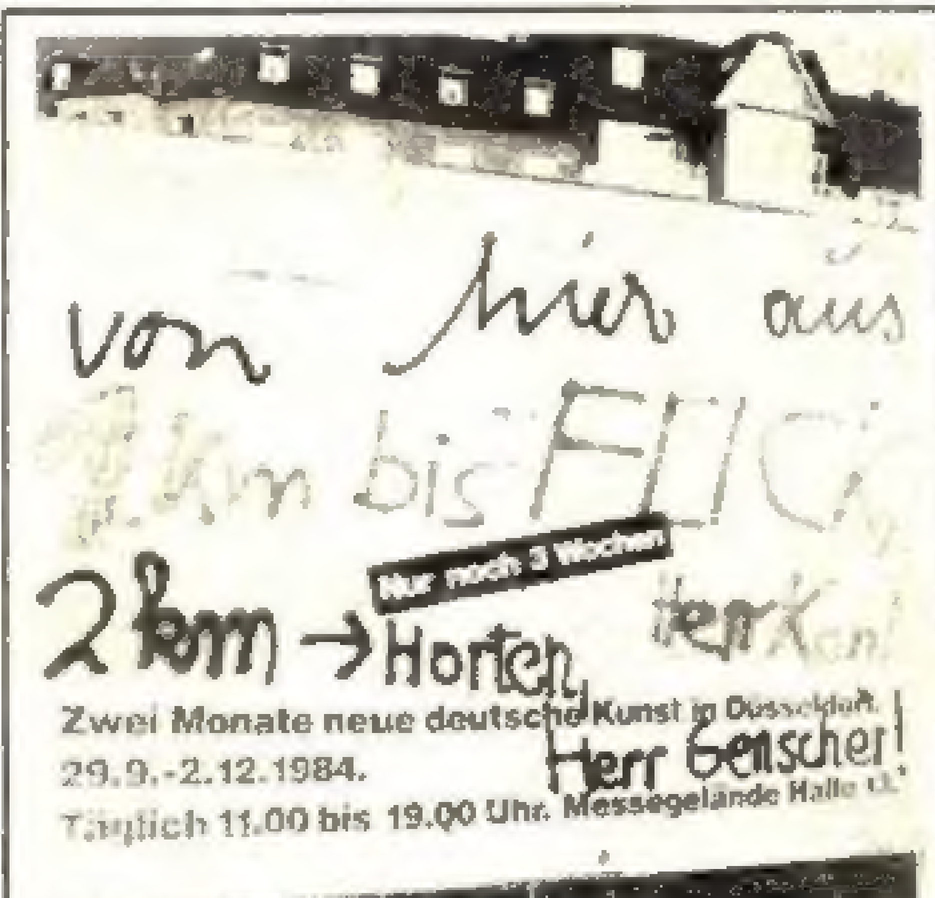
Weiter heißt es in den Satzungen der Stiftung: Abgeordnete des Deutschen Bundestages können gekauft, sie dürfen aber nicht in Geschenkpapier eingewickelt und als Präsent verschickt oder überreicht werden.

Telefon-, Adreßbücher und andere Verzeichnisse, in denen der Name „Flick" steht, sind für Parlamentarier nicht mehr zugänglich. Das gleiche gilt für Aktenvermerke, Aufzeichnungen von Telefongesprächen, Radio- und Fernsehsendungen, in denen das verflickste Wort vorkommt. Diese Bestimmungen richten sich nicht gegen den Abgeordneten, sondern sind eine Präventiv-Maßnahme zu seinem Schutz: Der Name Flick wird Zug um Zug aus seinem Gedächtnis herausgenommen, verschwindet schließlich ganz aus seinem Bewußtsein. Wenn er gefragt wird „Hatten Sie jemals Verbindung mit Flick?", kann er mit gutem Gewissen antworten: „Flick — nie gehört, nie gesehen."

Den Managern der Abgeordneten-Wohlfahrt liegt aber noch mehr am Herzen: Sie wollen, daß sich der Parlamentarier nach keiner Seite hin gebunden fühlt. Um das zu gewährleisten, haben sie eine ihnen angebotene Zusammenarbeit mit „Brot für die Welt", „Misereor" und anderen Wohltätigkeitsorganisationen abgelehnt.

Damit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus diesem Verzicht kein Schaden erwächst, erhalten sie von der Abgeordneten-Wohlfahrt folgende Garantien: vollautomatische Honorar-Erhöhung (jährlich um 50 Prozent), Sicherung der politischen Karriere bis ans Lebensende, Staatsbegräbnis. Nach dem Tode des Volksvertreters bekommen seine Witwe, Kinder, Enkel und Urenkel eine Betriebsrente, die mindestens 100 Prozent der letzten Bruttobezüge des Verstorbenen beträgt.

So ist der Abgeordnete auf vier Generationen hinaus voll sozialversichert. Das schützt ihn vor Korruption, macht ihn unabhängig und frei. Er hat keine Sorgen mehr, braucht keine Entscheidungen zu fällen. Die trifft für ihn die Friedrich-Karl-Flick-Stiftung.



Eine Plakatwand mit dem Hinweis auf die Düsseldorfer Kunstausstellung „von hier aus" wurde von Anwohnern verschönert und erweitert. Überflüssig scheint uns der Hinweis auf die nahegelegene Düsseldorfer Flick-Zentrale. Diese Adresse war in Bonn offensichtlich wohlbekannt ...

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

FRANKFURT

Stammtisch der KPD
Jeden ersten Freitag im Monat, 20.00 Uhr
„Musterklause", Eckenheimer Landstraße 43
Der nächste am 7. Dezember, Thema: „Diskussion über die Ausländerpolitik der KPD"

DORTMUND

Veranstaltung der KPD
„Ausländerpolitik der KPD"
Rede eines türkischen Genossen, kulturelle Beiträge, Podiumsdiskussion über „doppelte Staatsbürgerschaft"
Donnerstag, 29. November, 19.30 Uhr
Gaststätte „Jacobschänke", Weißenburger Straße

KPD-KONFERENZEN

Arbeitslosentreff-Nord
Samstag, 24.11. um 11.00 Uhr
Thälmann-Buchhandlung, Margaretenstraße 58, Hamburg 6
Thema: Entwurf des Arbeitslosenprogramms der KPD

Arbeitslosentreff-Mitte
Samstag, 1.12. um 11.00 Uhr
Zentrales Parteibüro der KPD, Dortmund-Hörde, Wellinghofer Str. 103
Thema: Entwurf des Arbeitslosenprogramms der KPD

Frauenkonferenz-Süd
Sonntag, 25.11. um 11.00 Uhr
Bücherstube Ost, Stuttgart, Haußmannstr. 107
Alle Genossinnen aus dem Raum sind herzlich und dringend eingeladen.

WUPPERTAL

Die geflickte Republik, Diskussionsveranstaltung der KPD, Referat, satirische Einlagen, Diskussion.
Donnerstag, 29.11., 20.00 Uhr, Gaststätte Exil, Gathe-Wiesenstraße, Wuppertal-Elberfeld

Terminänderung

Diskussionsveranstaltung der KJD/Düsseldorf
Massenhaft verweigern oder Friedensarbeit in der Bundeswehr? Mit einem Vertreter der VVDM (Holländische Soldatengewerkschaft)
Dienstag, 27.11.1984, 19.30 Uhr, Marokkanischer Arbeiter Bund (MAB), Kölner Straße 170, Düsseldorf.

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300708, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr. 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 698362

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653988, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.